

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. August 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl., die übrigen halbe Zelle; Anzeigen, Verhaufs- und alle sonstigen Anzeigen 60 Pfl. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 92

Stimmungen und Regungen hüben und drüben

Eingetretene Umstände lassen es angebracht erscheinen, die offiziellen Ansichten und Absichten der Prinzipalität in unsern weiteren Streifzügen für sich zu erläutern.

Der Deutsche Buchdruckerverein hielt am 14. und 15. Juli eine Hauptvorstandssitzung in Leipzig ab. Soweit Angelegenheiten des Druckpresselarifis dabei behandelt wurden, soll darüber noch in einem besonderen Abschnitt gesprochen werden, zumal der „Korr.“ mit auf der Anklagebank vor dem Räte der Prinzipalsbeauftragten Platz nehmen mußte. Der Vorsitzende Dr. Altkhardt erwähnte in dem Bericht über die Vereinstätigkeit auch, daß Versuche der Gehilfenschaft in München und Breslau, gegenüber dem bei der letztmaligen Tarifausschließung zustande gekommenen Schiedssprüche noch besondere Vorteile durchzubringen, trotz verlustreichen Streiks an der Gehilfenschaft der Prinzipale geschleift seien. Mit München kann es wenig auf sich haben, denn sonst müßten auch wir von dieser größeren Aktion etwas wissen. Allerdings haben wir schon die Wahrnehmung gemacht, daß man in den Fällen, wo entgegen dem Kernpunkt in dem Auktus der Verbandsleitung (Nr. 59) an die Mitglieder unserer Organisation: „gemäß der zentralen Regelung der tariflichen Angelegenheiten von irgendwelchen weiteren örtlichen Aktionen abzusehen“, gehandelt worden ist, recht schweigsam sein kann. Die Breslauer Angelegenheit ist im „Korr.“ nachträglich dargestellt worden. Ganz schuldlos sind die dortigen Prinzipale nicht dabei, aber es stimmt, daß die Gehilfenschaft in Breslau bei all wesentlichen nur erreicht, daß die Prinzipale das Fürchten vor einer Arbeitseinstellung in den Setzungsbetrieben verlernt haben. Ein Ergebnis, das im Zusammenhange mit dem durch politische Streiks häufiger schon erzwungenen Pausieren der Presse auch allgemeinere Wirkung haben könnte; dann zweifelsohne zum Nachteil der Gesamtgehilfenschaft, der die beste Waffe dadurch abgestumpft wird. Was über den Hilfsarbeiterstreik in Berlin im Vorstandsberichte gesagt wurde, stimmt noch weniger. Hier sind es hauptsächlich die Prinzipale und Setzungsverleger gewesen, die es zum äußersten kommen ließen. Unter Berlin ist in Nr. 76 des „Korr.“ eine Schilderung des Konflikts gegeben, die auch nach anderweitigen Versicherungen durchaus stimmt. Die Prinzipalenschaft will in Zukunft in Feuerungszulagenangelegenheiten wichtige Abstimmungsfragen nicht mehr durch schriftliche oder telegraphische Erklärungen entscheiden lassen, sondern verlangt Gelegenheit zu mündlicher Aussprache. Das ist ein Moment, das bei oberflächlicher Beurteilung den Eindruck größerer Ordnungsmäßigkeit macht. Tatsächlich bedeutet es jedoch ein starkes Erzhwernis schneller Verständigung, denn der Gehilfenvertretungsstände doch auch die gleiche Ausbedingung zu. In Wirklichkeit aber wäre es ein Mittel, notwendige Entscheidungen zu verschleppen oder eine Sache überhaupt zu Falle zu bringen, da über Feuerungszulagen immer schon tagelang vorher diskutiert worden ist. Der Verhilfungsordnungsentwurf wurde zu einer nochmaligen Durcharbeitung einem Dreimännerkollegium überwiesen und sollte dann endlich an die Sonderkommission des Tarifausschusses gelangen.

Inzwischen hat es, ebenfalls in Leipzig, eine größere Aktion gegeben, worüber die „Zeitschrift“ in auffälliger Bescheinigung schon am 8. August ausführlich berichtete, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aber bereits am 7. August in einer an dem „Zeitschrift“-Berichte zu vermissenden Kristallisierung vermelden konnten:

Im Hinblick auf die bessere und billigere Lebensmittelferzeugung wurde im Verlaufe der Verhandlungen auf den notwendigen Abbau der Feuerungszulagen hingewiesen und deren gänzliche Aufhebung für das besetzte Gebiet gefordert.

Da in dem Prinzipalsorgan weder aus dem Referat noch aus der Diskussion eine solche Stellungnahme eindeutig her auselien werden kann, so ist der „Funk“-ruch in den „R. N. N.“ nur zu begründen. Wird doch dadurch

besser Klarheit geschaffen. In der Leipziger Kollegenchaft ist damit schon eine Wirkung erzielt worden, die man kaum gewünscht haben wird. weil sonst die „Zeitschrift“ doch hätte unumwunden aussprechen können, was ist bzw. was sein möchte — nach Ansicht und Absicht des Prinzipalssozialökonomens.

Am 3. August fand also eine gemeinsame Sitzung der Kreis-, Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzenden der Prinzipalsorganisation statt, anderzum mindesten die engeren Mitglieder des Hauptvorstandes teilnahmen. Auch der Vorsitzende des neuen Arbeitgeberverbandes für das deutsche Setzungsgerichte, Dr. Simon aus Frankfurt a. M., war zugegen. Was ist insofern bemerkenswert, als seit dem Jahre 1911 die Setzungsverleger sich nicht mehr von Organisationswegen mit Fragen der Arbeitsverhältnisse der Gehilfen befaßten. Wenn jetzt in Leipzig zum Ausdruck kam, daß alle zu unternehmenden Schritte in engerer Fühlungnahme mit dem Vereine Deutscher Setzungsverleger erfolgen müßten, so wird auch daran eine engere Konzentration aller Kräfte gegenüber der Gehilfenschaft erkennbar. Ausdrücklich wurde die Einberufung aller Organisationsfunktionäre als ein weiteres Mittel bezeichnet, die Geschlossenheit der Prinzipale zu fördern, die Stimmung in den Mitgliederkreisen näher kennen zu lernen und maßgebende Direktiven für die Tarifausschließung zu bestimmen. Es wird sich für uns die Lehre daraus ergeben, mit allen Mitteln auf einheitliche Taktik zu halten. Wenn Dr. Altkhardt von einer letzten Geschlossenheit der Gehilfenschaft „in ihren beiden Organisationen“ sprach, dann ist das gewiß eine erfreuliche Konstatierung. Ihr Wert kann aber müßte aber vermindert werden, wenn nach neun odlichem Rezept die organisatorische Energie der Gehilfen Verzeckelung erfahren würde durch Aktionen von Teilen und Felsen. Dezentralisation ist bei der wesentlich verstärkten Zentralisation auf der andern Seite überhaupt nicht mehr diskutierbar. Es muß vor Krugschiffen gewarnt werden, die der sogenannten revolutionären Gewerkschaftstaktik — siehe den Salomonischen Artikel in Nr. 90 — entspringen, die ohnehin nichts weiter ist als ein Rückfall in Methoden, die durch die gewerkschaftliche Erfahrung wirklich nicht erst seit gestern abgelehnt sind. Rückfälle bilden aber auch in der Gehilfenschaft wie in der Rechtspflege schlimme Sachen, woraus sich für die gewerkschaftliche Praxis der nötige Rückschluß unschwer ergibt.

Der 21. August wurde vom Vorsitzenden „ein recht wichtiger Tag“ genannt. So ähnlich klingt es auch in der örtlichen Leipziger Versammlung am 11. August. Wenn den Prinzipalen in solcher Weise Steifnacktheit beigebracht wird, dann würde im umgekehrten Falle gesagt werden, die Gehilfen hätten gar nichts verlangt, sie wären zufrieden, nur die Führer hätten wieder für die nötige Stimmung geforgt. Das hat man ja nicht nur einmal zu hören bekommen, sondern die Anpassung der Löhne an die immer trostlos gewordenen Feuerungs- und Geldverhältnisse zur notwendigen Zwingigkeit der Gehilfen- und Organisationsvertreter geworden ist. Dr. Altkhardt sagte diesmal in einem Anfälle von Offenheit, es müsse berücksichtigt werden, daß während der ersten Kriegsjahre in vielen anderen Gewerben die Bewilligung von Feuerungszulagen „welt schneller“ vor sich gegangen sei als bei uns. Die gesamte Gehilfenschaft wird ihm darin beistimmen! Das andre Beheimnis blieb aber zu vernennen: daß anderswo zumelst die Feuerungszulagenübermittlungen auch weit ergiebiger erfolgt sind. Und die Konsequenz davon, daß es bei den Buchdruckergehilfen eher der Nachholung bedarf als daß von einem notwendigen Abbau der Feuerungszulagen und gar von einer gänzlichen Aufhebung in den besetzten Gebieten gesprochen werden könnte, war erst recht nicht zu vernennen. Es ist allerdings auch in der „Zeitschrift“ so nicht zu lesen, aber was die „R. N. N.“ zu sagen wußten, spiegelt die wahre Absicht der Prinzipalität wider! Wie in betreff der besetzten Gebiete noch darüber hinausgegangen werden soll, was von dem Bezirksverein Saarbrücken WZV (siehe zweiten Artikel in Nr. 86 des „Korr.“) zu fordern beantragt war („Herabsetzung der Feuerungszulagen“), ist uns

noch nicht bekannt. Herr Dr. Altkhardt unternahm es auch, von einer so hohen Bemessung der letzten Feuerungszulagen zu sprechen und dafür in erster Linie die Zusammenfassung des Schiedsgerichts verantwortlich zu machen. Sehr zu Unrecht. Die existenzbedrohenden Feuerungszustände auf allen Gebieten und unsre Rückständigkeit in der Höhe der Zulagen waren die ausschlaggebenden Momente! Gerade diese letztere Seite hat sich gerührt, mußte sich rächen und damit der frühere Standpunkt der Prinzipalsunterhändler, die freilich nicht allein Herren ihrer Entschlüsse waren, sondern dem materiellen Wohlstand ihrer Kollegen mit mehr oder weniger eigener Neigung zu große Konzessionen machen mußten. Wenn in der Diskussion aus dem besetzten Gebiete von „bedeutend besseren Zuständen“ als in dem „freien“ Deutschland die Rede war und ebenso allgemein die Feuerung auf dem Lande bei weitem nicht so günstig genannt wurde als in den Großstädten, so haben demgegenüber die Artikelentwürfen im „Korr.“ aus diesen geeigneten Gesichtspunkten solche kräftigen Widersprüche erkennen lassen, daß man den Schluß dazu in einer andern Richtung suchen muß. Es ist die bewusste Absicht, die Feuerungszulagen zu dezentralisieren; nicht nur kleinere Druckorte, sondern ganze Provinzen und staatliche Ortschaften abzutrennen und so den Zerfall des mühsam erreichten Lohnaufbaues im allgemeinen zu erreichen! Es wäre deshalb ein gar nicht wieder gut zu machender Fehler, von der Gehilfenschaft aus die feste Regelung durch örtliche Aktionen zu lockern und wenige magere Erfolge für allgemeinere und größere Rückschlüsse einzufordern. Bei den Verhandlungen im Juli 1918 verfuhr man schon mit aller Kraft mit der Dezentralisation durchzuführen. Leider haben sich in diesem Jahre zu den ganz unzulässigen „besonderen Abmachungen“ örtliche Gehilfen- und Druckereikollegien vereinigt gefunden. Man sollte daher in den Großstädten wie auf dem Lande keinerlei Veranlassung nehmen, den Prinzipalen so oder so die Kalen in die Hände zu jagen. Was durchaus gegen den Abbau der Feuerungszulagen spricht, wird im weiteren noch gesagt werden. Dringend aber ist den Prinzipalen abzuraten, etwa bei den Leipziger „Buchbaronen“ sich im Anschauungsunterricht zu üben.

Interessant ist die Erwähnung, daß es wegen der „wiederholten und hohen Feuerungszulagen“ zu Austrittsandrangungen und auch zu Austritten aus der Prinzipalsorganisation wie aus der Tarifgemeinschaft gekommen ist. Ob diese Austritte etwa beim fünfzigjährigen Bestehen des Deutschen Buchdruckervereins (15. August) eine Wallfahrt zum Grabe seines Begründers unternehmen wollen und dort ein Tedeum anstimmen werden, daß man damals auf einem „besseren Wege“ war? Das wäre eine Verhöhnung, denn die Prinzipalsorganisation dünkt uns jetzt auf dem Krebsgang in ihrem Verhältnis zur Gehilfenschaft zu sein. Zu einem Zeitpunkt schwererarteter Existenzmöglichkeit eine nur aus der Groß- oder der Mondperspektive erklärbare Erscheinung. Zu dieser Aufstellung muß man auch gelangen, wenn Herr Dr. Altkhardt anklagend weiter vernehmbar war: In den gegenwärtigen Verhältnissen seien aber auch die Prinzipale selbst schuld, „denn nur vier Kreise hätten den Schiedspruch abgelehnt, während sieben Kreise für die Annahme deselben waren“. Das kann doch nur heißen: Warum hat sich nicht im Mai eine Mehrheit für die Ablehnung des Schiedspruchs gefunden, dann wäre es anders gekommen! Wenn es schon bis zu solchen Ausprüchen von letzter Stelle aus geht, welche Stimmungen müssen dadurch in der Prinzipalität ausgegüß werden? Wie wenig weißt es von da aus noch bis zu dem Rufe: Weg mit der Tarifgemeinschaft! Der böse Artikel „Der Schiedspruch“ am 28. Mai in der „Zeitschrift“ ließ ebenso auf Eskalation einer Friedlich, we. n. auch unter erschwerten Umständen erreichten Verständigung mit der Gehilfenschaft hinaus wie die vom Deutschen Buchdruckerverein unternommene direkte Sabotage der Dezemberbeschlüsse von 1918. Wie hebt sich da gegen das Verlassen der Verbandsleitung ab durch den Aufruf vom 26. Mai zur Verletzung des Schiedspruchs, zum Fernhalten einer „Gefährdung des Weiterbestandes

der für beide Kontrahenten notwendigen und erproblichen Tarifgemeinschaft?"

Dann auch von dem bestellosem Terrorismus, mit dem jetzt die Forderungen durchgesetzt würden, zu sprechen. Das einzelne Vorgänge tatsächlich zu beklagen sind, hat die Verhandlung nicht bestritten und ebensowenig der „Korr.“ verheißt; das ist sogar in der „Zeitschrift“ einmal hervorgehoben worden. Aber in dieser Verallgemeinerung von „bestellosem Terrorismus“ zu reden, möchten wir uns in Würdigung der tatsächlichen verlässlichen Haltung der Gewerkschaft im allgemeinen denn doch verhalten. Es kann wohl sein, daß gegen Extratouren noch andere Mittel ergriffen werden als die Vorenthaltung von Unterstützung und kräftiges Revolverlesen, dann aber müßten vor Prinzipalsseite erst bessere Vorbedingungen geschaffen sein, darf nicht den Buchdruckergehilfen die Rolle des Sträbwinler Landsturms als gottgewollte Selbstverständlichkeit zugemessen werden. Man sollte doch heutzutage nicht mit dem Flugzeug des Terrorismus, wenn es im Häusl gar nicht sengerig ist! Die beklagte fortwährende Beunruhigung der größeren Betriebe namentlich durch die Bewegungen der Hilfsarbeiter ist wahrhaftig auch ein Stück arger Nachtschmerz. Erst müßte man sich durch ein halbes Dutzend Jahre hindurch mittels der Deklarierung tariflicher Minderwertigkeit den Beunruhigungsbojzillus in weitem Maße, wie mit der Behandlung der Hilfsarbeiter geschehen, und dann geht man hin und macht in Entschuldig über einen selbstgeschaffenen Zustand! Das Prinzipalsforum vom 3. August hat mit erschreckender Deutlichkeit den weiteren und viel härteren Beweis geliefert, wie wenig es unsere Unterstützer zu schätzen wissen, daß in unserm Gewerbe die Choospekulanten noch kein geeignetes Terrain gefunden haben. Hat man angehts der auch feste Fundamente erschütternden zeitlichen Umstände denn gar kein Verständnis für den alten Mahnruf an die Konjunktur, daß sie lebend sein mögen?

Dr. Altkhardt's Standpunkt in der Lohnfrage war: „Der fortschreitenden Erhöhung der Löhne müßte endlich Einhalt geboten werden.“ Das ist ungeschicklich der Kern der großen Kriegsberatung in Leipzig gewesen, wie er in fetter umgrenzten Worten durch die „L. M. N.“ richtiger zum Ausdruck gebracht worden ist. Ob nicht schon ein gewisses Schutz- und Trugbündnis mit den Buchverlegern und Buchhändlern dazu mitbestimmend war, kann man als Möglichkeit wohl annehmen. Mit diesen Alliierten im Bunde, die ohne Abertreibung als das rückständigste und bornierteste Unternehmertum zu betrachten sind, kann man allerdings keine soziale Wunderarten vollbringen. Das an dem Tage, an dem die „Zeitschrift“ mit dem ausführlichsten Verhandlungsbericht in die Hände der Leser kam, das auch wohl von den Leipziger Prinzipalsführern als objektiv bewertete „Leipziger Tagesblatt“ einen Artikel „Die Preise sinken nicht weiter“ brachte, mag ihnen von neuem zeigen, wie sie mit ihren noch immer zu vernehmen gewesenen Prophezeiungen über Rückgang der Feuerung abermals fehlgeschlagen haben. Es wird darüber noch mehr von uns zu sagen sein; für heute nur die eine Versicherung: die Liste der falschen Rechnungen ist durch die am 3. August gefundene Marschroute tüchtig bereichert worden! Das in allen wichtigen Fragen erzielte und mit Genugtuung begrüßte Einverständnis in der Versammlung vermag uns in dieser Auffassung nicht zu irritieren.

Ein Vortrag über das Gesetz betreffend die Betriebsräte mußte ausfallen, und zwar wegen der Kürze der Zeit. Der Entwurf des Spezialgesetzes ist erst acht Tage später veröffentlicht worden, er hätte also noch gar nicht zur Beurteilung stehen können. Man darf sich also wohl nur mit dem allgemeinen Betriebsrätegesetz und nahm dazu definitiv eine Entscheidung an, die besagt:

daß der bisher in der Öffentlichkeit vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte nicht geeignet ist, ein gutes und gedehliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gewährleisten. Er erfordert vielmehr dazu geschaffen, eine dauernde Quelle der Reibung zwischen Prinzipal und Arbeitnehmer zu werden, den gewerblichen Frieden empfindlich zu stören und die Entwicklung der Betriebe zu verhindern.

Wenn der Deutsche Buchdruckerverein auch dem Wunsch einer erweiterten Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betriebe verständnisvoll gegenübersteht, so kann es sich hierbei doch nur um ein Vertrauensverhältnis zwischen Prinzipal und Arbeitnehmer und um Mitberatung durch den Arbeitnehmer handeln. Die Einräumung eines Mitbestimmungsrechtes über wichtige Betriebsangelegenheiten muß der Deutsche Buchdruckerverein grundsätzlich ablehnen.

Es ist ja wohl zu begreifen, daß die Gesamtvertretung einer Unternehmerrganisation in der Betriebsratsfrage nicht freudig mit allen Beinen auf den Standpunkt der Arbeiterchaft springen wird, wie auch nicht zu erwarten ist, daß in der Angelegenheit „Abbau oder Ausbau der Löhne“ die Prinzipalität der Auffassung der Gehilfen mit dem großen Halleuropa zustimmen kann. In Verlesung der gegenseitigen Interessen pflegt man sich eben nicht mit Bruderküssen abzuschnäbeln. Aber man darf sich in der Beurteilung solcher Dinge auch nicht zu sehr exponieren. In Sachen des Mitbestimmungsrechts hat der Zentral-

des Deutschen Buchdruckervereins das getan. Die Sonderkommission des Tarifausschusses hat inzwischen (siehe vorige Nummer am erster Stelle) in der Frage der Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftslage beraten, wobei über die Betriebsräte jedenfalls andre Ansichten zutage getreten sind. In übernächster Nummer werden wir unsere Meinung dazu besonders beifügen, die kurz dahin geht: Liberalen und Mitbestimmen nicht streng voneinander zu scheiden, sondern sie entsprechend den kommenden neuen Verhältnissen so nahe zueinander zu bringen, daß gesunde betriebliche Zustände herrschen können. Schon in Ruhsand abgetane Experimente zu erneuern, liegt natürlich keine Veranlassung vor.

Direkt vor der Tagung des Tarifausschusses soll zwischen Prinzipalsstellung und Prinzipalparatortretern auch eine Sitzung in Berlin stattfinden. Es wird also diesmal lange eingeschossen; ob gut, wird sich zeigen, denn auf unserer Seite wartet man nicht bloß darauf, was drüben alles von der „Söh“ kommt. Was aus der hohen Region dieser beiden, im vorstehenden illustrierten Tagungen herabgefallen ist, macht gewiß verdächtig; im Prinzipalsorgan sonst noch zum Ausdruck gekommene Stimmungen verstärken dieses Empfinden. Aber ein Maulloch für die Gehilfenchaft ist nicht zu finden, und von beklemmender Angst wird selbst nach diesen Sechsstunden nichts zu merken sein. Vielleicht trifft das von Theodor Wolff kürzlich angewendete Wortspiel auch auf unsere Partner zu: „Was man kann, das möchte man nicht; und was man möchte, das kann man nicht!“

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Kollege Emil Teeb, seit langem Vorhänger der Zentralkommission der Stereotypie und Galvanoplastik, begeht am 15. August seinen 70. Geburtstag. Bei der Beliebtheit des Kollegen Teeb in den Kreisen der Spezialkollegen sowohl wie in der Berliner Kollegenchaft allgemein werden sich viele mit uns vereinen und unserm Emil Teeb die herzlichsten Glückwünsche darbringen. Möge ihm ein Lebensabend beschieden sein, der die letzten Jahre eingermahnen vergehen machen lassen kann!

Berlin. (Schriftleiter.) In der Versammlung am 23. Juli wurde bekanntgegeben, daß die Ferienfrage in allen Städten geregelt sei, außer in Leipzig. Das Verhalten des Herrn Oleschke wurde scharf kritisiert; die Leipziger Kollegen sollen alles daran setzen, die Ferien zu erhalten. Dann wurde gegen den Bericht von Stuttgart protestiert. Die Kollegen müßten der Zentralkommission sowie der Berliner Kollegenchaft eigentlich Dank zollen, denn sie seien es gewesen, die die Ferienfrage erst ins Rollen gebracht haben; nun sollen sie der Sündenbock sein! Beweis, welche Schwierigkeiten bei der zentralen Regelung der Ferien zu überwinden sind, ist Leipzig. Dann berichtete der Vorhänger über die Verhandlungen mit den Prinzipalen. Es waren zwei Sitzungen nötig. Folgende Aufbesserung wird ab 1. Juli gewährt: Sämtliche Altkorbedarbeiter in Oberei und Metallabteilung zum alten Tarif anfallt 125 Proz., nur 100 Proz. + 30 Mk. wöchentliche Zeigerungszulage; Lohnarbeiter stufweise eine Zulage von 5 bis 10 Mk.; Altkorbedarbeiterinnen erhalten jetzt 125 Prozent, die Lohnarbeiterinnen zu ihrem bisherigen Lohne 10 Mk. Zulage. Die Versammlung erklärte sich mit dem Erreichten einverstanden, da es nur bis 1. Oktober gelle, und dann der Zentralrat in Kraft treten solle. In Anbetracht der hollischen Aufräge, und da im Winter noch mehr mit Kohlen- und Gasmangel zu rechnen ist, wurde empfohlen, 14 Tage lang je eine Stunde nach Feierabend zu arbeiten; sollte jedoch ein Mehr nicht erzielt werden und die Kräfte versagen, dann könnten keine Überstunden gemacht werden. Ein Metallkalender ist auch entworfen worden und soll den Prinzipalen aufgestellt werden. Er betrifft vorläufig nur Berlin, da in jeder andern Stadt sehr verschiedene Tarife vorhanden sind. Jede Stadt soll erst für sich einen Einheitsstarf schaffen, ehe an eine zentrale Regelung gedacht werden könne. Unter „Verbleibendem“ wurde der Zentralrat in seinen einzelnen Positionen durchberaten; im allgemeinen waren die Anwesenden damit zufrieden.

Breslau. Nach fünfjähriger Pause feierte der Bezirk Breslau am 13. Juli im „Erläbeberge“ endlich wieder einmal ein Johannistfest. Zunächst kam man zur Ehrung von 155 Jubilaren, welche in den Jahren 1915--1919 auf eine teils 25-, teils 40-jährige Mitgliedschaft oder auf ihr 50- bzw. 60-jähriges Berufsjubiläum zurückblicken konnten. Leider war es fünf Kollegen nicht vergönnt, ihren Geburtstag mit den andern zu feiern, da sie inzulässig das Zeitliche gelocknet haben; zu ihnen gehört vor allem unser unvergesslicher früherer Vorhänger Hermann Härtel. In einer Festversammlung, an welcher auch die Frauen der Jubilare teilnahmen, sprach Gouvorfteher Fiedler über die Bedeutung des Tages, indem er die Treue zur Organisation hervorhob, und gedachte weiter der durch den Krieg von uns geforderten 112 Opfer. Der Ortsverein ehrte die Jubilare durch Abrechnung eines künstlerisch ausgeführten Gedächtnisses, während der Gouvorfteher „Gutenbergs“ dem Gange die ebenfalls in Weich gab durch langwollig u Gebor gebrachte Feder. Mit einem Hoch auf den Verband und die Jubilare endete die Versammlung. Das ließ auch ebendiese Gouvorfteher unter der Anwesenheit der Mitarbeiter sehr zu leben und mußte sehr bald in den End verlag werden, welcher infolge einer Plumenverlohung

bad einem Gartenbahn glich. In drangvoll fürchterlicher Enge bei Sionzerl und Tang blieben die meisten Kollegen bis zum Eintritt der Vollsiedende in fröhlicher Stimmung beieinander. — In der am 18. Juli abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurden sechs Kollegen dem Gouvorfteher zur Aufnahme empfohlen. Sodann hielt Kollege Starke einen interessanten Vortrag über die hier gegründete Eigenheimgehilfenchaft, welche es dem Arbeiter bei verhältnismäßig geringen Mitteln ermöglicht, sich ein eigenes Heim fern von dem Häusermeer der Großstadt zu schaffen. Unter „Tariflichem“ wurde die Sozialfrage eingehend erörtert und dem Gehilfenvertreter unsere Wünsche unterbreitet. Zum Schluß wurden noch Maßnahmen besprochen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders unter den Druckern.

Duisburg. Inse Monatsversammlung am 20. Juli befaßte sich unter „Gesellschaftlichem“ mit einem Schreiben des Ortsvereins Duisburg des Buchdruckerverbandes betreffs Erlindung eines graphischen Kartells. Die Versammlung stimmte dem zu. Für unsere hollentlich bald zurückkehrenden kriegsgelangenen Kollegen wurden aus der Ortskasse je 75 Mk. bereitgestellt. Aufleben und Entfristung rief die Mitteilung des Vorhängernden hervor, wonach laut „Zeitschrift“ die Prinzipale Saarbrückens zu der Kreisversammlung der rheinisch-westfälischen Prinzipale den Antrag gestellt hätten, die „hohen“ Löhne der Gehilfen abzubauen. Begründet sei der Antrag mit der erheblichen Senkung der Lebensmittelpreise. Unter dem Beifall der Anwesenden führte der Vorhänger aus, daß der Senkung nur einiger Auslandslebensmittel anderwärts die sorgfältige Preisfestlegung der meisten Lebensmittel und insbesondere der Bedarfsartikel gegenüberstehen und infolgedessen an einen Abbau der Löhne nicht gedacht werden könne. Eine längere Debatte zollte noch einmal die Wiedereinführung der Nacharbeit. Die beiden geladenen Maschinenlehrlinge der „Mebberbetulischen Nachrichten“, die, ohne den Beschluß abzuwarten und den Vorhänger zu benachrichtigen, die Nacharbeit wieder aufgenommen haben, verteidigten ihre Handlungsweise. Die vorgebrachten Verteidigungsgründe vermochten jedoch die Versammlungsteilnehmer nicht zu überzeugen, und es blieb bei der scharfen Beurteilung des disziplinwidrigen und unkollegialen Verhaltens der beiden Kollegen. Zum zweiten Punkte gab Kollege Färch den Kartellbericht. An Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Kollegen Färch wurde Kollege Karl Germer als zweiter Vorhänger einstimmig gewählt. Für die geleistete treue Mitarbeit sprach Kollege Palecki dem Kollegen Färch den Dank der Versammlung aus. Zum Schluß wurde die Abrechnung vom Johannistfest gegeben, die mit einem Defizit von etwa 200 Mk. abschloß.

kr. Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung am 16. Juli.) Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen konnten 18 Neu- und 11 Wiederanmeldungen dem Gouvorfteher zur Aufnahme empfohlen werden. Unter Punkt 3 der Tagesordnung erstattete der hiesige Gouvorfteher der Maler und Malerhelfer, Zimmermann, in ausführlicher Weise Bericht über den Gewerkschaftskongress und gab der Versammlung ein klares Bild über die Tagung, in der leider auch wieder die politische Spaltung der Arbeiterchaft sehr stark in Erscheinung trat. Redner betonte am Schluß seiner Ausführungen, wie bei dem aberwiegend verständlicheren Teile der Kongressteilnehmer die im Buchdruckerverbande seit Jahrzehnten gelübte Gewerkschaftspolitik und -taktik die richtige erkannt wurde, was unter anderem seinen Ausdruck darin fand, daß man unsern Kollegen Grabmann zum zweiten Vorhänger des Gewerkschaftsbundes wählte. Reicher Beifall befohnte den Redner. Bei Punkt 4: „Abrechnung über das Johannistfestkongress“, konnte der Vorstand berichten, daß ein ansehnlicher Überschuß erzielt und dem Unterstützungsfonds zugeführt wurde. — Der Bezirksversammlung ging eine Versammlung der tariffreien Gehilfen des III. Tarifkreises voraus, welche sich mit der Wahl des Gehilfenvertreter und des ersten Stellvertreter zu beschäftigen hatte. Gewählt wurde Kollege Nepeck zum Gehilfenvertreter und Kollege Wachter zum ersten Stellvertreter.

Freiburg i. B. (Maschinenlehren.) Seit dem Tode (26. Februar d. V.) unres allverehrent langjähriger Vorhänger Gg. Kirz hielt die Oberheimliche Maschinenlehrenvereinigung drei Versammlungen ab, darunter die alljährliche Generalversammlung. Das Hauptmotiv der ersten dieser drei Versammlungen am 15. März war die provisorische Bezeugung des verstorbenen Vorstandspostens, der in dem bekannten, früher schon als Vorhänger fungierenden Kollegen Nikolaus Müller gefunden wurde. In der technischen Aussprache machte Kollege Nikolaus Müller auf die verschiedenen Neuerungen aufmerksam, an denen zur Zeit in der Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik gearbeitet werde. — Am 1. Juni fand sodann die sechzehnte Generalversammlung in Offenburg statt, die von etwa 35 Kollegen besucht war, darunter einem Vertreter des Gouvorfteher und des Bezirksvorhängerndes Fabr. Nach herzlicher Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder gedachte der Vorhänger in warmen Worten der während des Krieges von uns geliedenen Kollegen. Die beiden soll zwei Stunden beanspruchenden Beiträge des Vorhängernden Müller: „Nüchtern und Mäßigkeit im Vereinsgebäude“ sowie über „Große und kleine (Geebs) Plinotype“, wurden von der Versammlung mit großem Interesse aufgenommen. Ein Vortrag von Walter auf vierstündlich 2 Mk. festzusetzen, wurde einstimmig angenommen; er trat am 1. Juli d. V. in Kraft. Es folgte die Zentralkommission zur Tarifabrechnung wurde aufgestellt. Die sodann vorgenommene Vorstandswahl wurde durch Wiederwahl des Gesamtvorhängerndes per Abstimmung in rascher Weise erledigt, dem gleichen einige Bezirksangelegenheiten. —

In der am 19. Juli abgehaltenen Versammlung kamen in der Hauptsache tarifliche Angelegenheiten zur Sprache. Zunächst wurden die zur Zeit herrschenden schlechten Verhältnisse und die damit verbundenen Schwierigkeiten an der Sebrämaschine erörtert, auch die rüchlichlose Nachlässigkeit der Mergenthaler Sebrämaschinenfabrik wegen mangelhafter Beseitigung von Erbsäure wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Alles in allem waren diese drei Versammlungen in überwiegender Weise den technischen und tariflichen Angelegenheiten gewidmet. Es zeigte sich so recht deutlich, wie notwendig es für jeden einzelnen Maschinenführer ist, sich der Sparte anzuschließen.

Hamburg. (Norddeutscher Maschinenführerverein.) In der Vierteljahrsversammlung am 13. Juli gab zunächst Kollege Heidl einen Bericht über den (belegten) Stand der Relationen und Hilfsarbeiter im „Samburger Fremdenblatt“. Eine längere Debatte entfiel auf einen Kosthafter Vorschlag über Stellung des Vereinsgebietes, in dem ein besonderer Maschinenführerverein für Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagen wurde. Vorliegender Plezophylax blieb eine Abtrennung Mecklenburg-Vorpommerns und eventuell einen dritten Verein mit Ziel als Vorort, unter Anchluss der Reste des Schleswiger Vereins (nach Abtretung der Nordmark) an, die, für nicht unpraktisch. Doch sollten die Propagandaschritte selbst entscheiden, Hamburg wolle sie nicht einfach abstoßen. Mit dem Ergebnisse der Verhandlungen des Tarifausschusses im Mai folgten sich alle Redner unzufrieden und forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit für Maschinenführer und Elektrotechniker, zumindest die Verwirklichung der alten Maschinenführerverordnung: achtfünftägige Arbeitszeit einschließlich Pausen und entsprechend kürzere Nacharbeit. Acht Kollegen wurden in den Verein aufgenommen. Eine sehr angeregte Aussprache entspann sich zum Schluss auf eine Anfrage hin über die Frage der Betriebsräte, der alle Kollegen mit größter Aufmerksamkeit folgten.

Sonan. Am 13. Juli fand in Wschaffenburg unter drille diesjährige Bezirksversammlung statt. 52 Kollegen aus Sonau, Wschaffenburg, Großauheim und Klein-Steinheim waren anwesend, während die aus Oelshausen und Schlichtern wegen der schlechten Bahnverbindungen am Erscheinen verhindert waren. In unreife Reihen neu aufgenommen wurden 15 Kollegen. Sehr zu begrüßen ist es, daß die Oelshausener Kollegen endlich den Weg in unreife Organisation gefunden haben. Was vor dem Vortage nicht möglich war, ist durch diesen und die entlassene wirtschaftliche Notlage möglich geworden. Möge ihnen die Erkenntnis, daß nur durch ihr Eintreten in unreife Reihen wesentliche Verbesserungen für sie zu erlangen sind, nie verloren gehen! Sodann erstattete Kollege Seiwert (Ludwigshafen) das Néeral über die Gaurortleberkonferenz. Seine durch die Bahnverhältnisse bedingten kurzen Ausführungen fanden keinen Widerspruch und wurden mit Dank quittiert. Der nächste Punkt: „Aussprache über einen eventuellen Anschluss unres Bezirks an den Gau Frankfurt-Sachsen“, wurde, nach gründlicher Aussprache bis zur Erledigung der demnächst stattfindenden Gauneweinfestung zurückgestellt. Nachdem noch für jeden nach dem 1. März 1919 aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten bzw. zurückkehrenden Kollegen 20 Mk. als Willkommengabe zugegeben, wurde die schon verlaufene Versammlung vom Vorstehenden Weidbrod geschlossen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Oelshausen statt.

J. Hann. Minden. Am 20. Juli feierte unser Ortsverein sein zehnjähriges Bestehen, verbunden mit Johannistag. Von auswärtigen Druckorten waren Göttingen, Kassel, Eudersdorf mit zahlreichen Kollegen vertreten, während Nordheim und Merode dem Tag entsprechende Glückwunschktelegramme sandten. Zur Vereinerhöhung der Fester trugen die Gelangsvorträge der Kasseler „Typographia“ und des Arbeitergesangsvereins „Libertas“ (Minden) viel bei. Besonders sei auch der Darbietungen des Göttinger Buchdruckergesangsquartetts gedacht. Vorliegender Sämannan begrüßte die Festteilnehmer und die von auswärtig Erschienenen und dankte besonders den Göttinger Kollegen, die vor zehn Jahren den Grundstein zur Bildung des Vereins legten und nun als Resultat ihrer Bemühungen den Ortsverein Minden als starken Zweig am Stamme des Verbandes betrachten könnten. Es sprachen noch Bezirksvorstehender G. Sebnert (Göttingen), der ein lünetes Gedenkmal in Gestalt einer Verammlungs-glocke überreichte, und namens der Kasseler Verbandsmitglieder Kollege Kreis. Die Fester war ein reiches Buchdruckerfest, das den Teilnehmern noch lange in froher Erinnerung bleiben wird.

h. Minden. Die außerordentliche Generalversammlung am 14. Juli erholte vor Eintritt in die Tagesordnung des Vorstandes dreier verstorbenen Kollegen. Achtzehn Neuzugänge und vier Wiederaufnahmegesuche würden befürwortend dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Nach Entgegennahme einiger Vereinskritiken bewilligte die Versammlung auf Antrag des Vorstandes 1000 Mark für 2000 Mitglieder. Ferner beschloß die Versammlung, über ein Kriegsgefangenenlist heimkehrenden Kollegen eine Beihilfe von 20 Mk. aus der Ortskassa zu gewähren. Den Bericht der Vertreter im Gewerkschaftsverein erstattete Kollege Cöndner. Der zur Sanierung des Gewerkschaftsvereins notwendigen Erhöhung der Beiträge um 40 Pf. pro Mitglied und Jahr stimmte die Versammlung nach eingehender Debatte zu. Dabei wurde betont, daß es Zweck und Zweck und der Gemeindefest ist die Unterhaltungskosten der Allgemeinheit demnach Arbeitseinstellung. Die Gewerkschaften wenn nicht vollständig, so doch zum Teil durch entsprechende Zuschüsse abzunehmen. Eine am 1. Juli der Versammlung gestellte Anfrage über die Beihilfe der Reichswehr angehörigen Mitglieder zum Verband stellte eine längere

Aussprache, in der allgemein die Einschränkung vertreten wurde, daß es ausgeschlossen sei, daß solche Kollegen durch Leistung von Beiträgen ihre Mitgliedsrechte wahrnehmen können. Nach Erledigung weiterer örtlicher Angelegenheiten und Neuwahl der Vertreter im Gewerkschaftsverein wurde die Versammlung vom Vorstehenden Weidbrod geschlossen. Der angelegte Bericht des Kollegen Seimrich vom Gewerkschaftskongress mußte leider wegen Zeitmangels auf die nächste Versammlung verschoben werden.

Neuburg a. d. D. Mit der Einkehr des Friedens und neuer Verhältnisse ist auch in unserm Bistum von den Wogen des Gewerkschaftslebens verschonten Städten ein frischer Hauch zu verpirren. Durch die Gründung eines zweiten Zellungsunternehmens hob sich der Gehilfenstand der Buchdrucker, die in einer Versammlung am 4. Juli zur Gründung eines Ortsvereins Stellung nahmen. Am 19. Juli fand nun unter der Anwesenheit und nach einem aufklärenden Referat unres Gaurortlebers Seimrich die Gründung eines Ortsvereins statt. Mit der Führung der Vorstandsgeschäfte wurden unter anderem betraut die Kollegen Ziegler als Vorsitzender und Reuter als Kassierer. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf wöchentlich 15 Pf. festgesetzt. So reht sich unser Ortsverein als neues Glied ein in die Kette des Verbandes, mitarbeitend am Ausbau und Aufbau des Gewerbes und seiner Institutionen. Er reht sich schließlich noch an größere Ortsvereine das Ersuchen um Abberufung von Mitgliedern oder Sammlungen zur Gründung einer bescheidenen Bibliothek.

F.-r. Nordhausen. In der am 12. Juli abgehaltenen Versammlung wurde zuerst das Andenken des in Leipzig verstorbenen Kollegen Otto Ludwig (früherer Vorsitzender des hiesigen Ortsvereins) in üblicher Weise gelehrt. Nach Aufnahme neuer Mitglieder wurde der Kassierbericht sowie der Bericht des Gewerkschaftskassierers zur Kenntnis der Versammlung gebracht. Unter „Verstorbene“ ist zu erwähnen, daß der Ortsverein Nordhausen zur Larlausschulbildung die Erhöhung des Lohalszuschlags auf 15 Proz. beantragt hat. Aus der Mitte der Versammlung heraus wurden die vom Reichsernährungsminister gemachten Bestellungen, daß bei der loben eingeleiteten angeblichen „Verbüßung“ der Lebensmittel mit einer wöchentlichen Wenigerabgabe von 25 bis 30 Mk. zu rechnen sei, einer scharfen Kritik unterzogen und dabei betont, daß diese Preise noch lange nicht mit unsern Löhnen im Einklang stehen.

B. Mürenberg. (Maschinenführer.) Der Vorstehende appellierte in der Versammlung am 20. Juli, die Versammlungen recht fleißig zu besuchen. Unter „Vereinskritiken“ wurden dem Mitgliedschaftskassierer 10 Mk. Zulage im Jahr bewilligt; zu einem Gedenkbild für gestaltete Mitglieder des Ortsvereins der Typographischen Gesellschaft ebenfalls 10 Mk. Neuaufnahmen fanden vier statt. Kassierer S. Anacker erstattete den Halbjahrsbericht mit 676,78 Mk. Einnahmen und 227,95 Mk. Ausgaben. Der Mitgliedsbeitrag betrug 77, davon 32 auswärtige Mitglieder. Es wurde ferner beschlossen, die nächste Bezirksversammlung am 24. August in Bamberg abzuhalten, wozu das Fahrgeld aus der Kasse vergütet wird. Eine dreigliedrige Kommission wurde gewählt zur Ausarbeitung von Anträgen zum Maschinenführergreß. Bericht wurde erstattet über die Sitzung der Betriebsräte am 19. Juli, was eine lebhafte Debatte herporrief betreffs des Proteststreiks des Proletariats. Am die Vereinskasse zu stärken, findet demnächst ein Tanzkränzchen statt, was von der Versammlung gutgeheißen wurde.

Quecklinburg. (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlungen des Ortsvereins im zweiten Vierteljahr beschäftigten sich besonders eingehend mit der Diskussion der Anträge für die Larlausschulbildung. In der Maiversammlung gab Beilsevertreter Börlig (Halle) Bericht über die Gaurortleber- und Beilsevertreterkonferenz sowie über die Larlausschulbildung, der den Kollegen Aufklärung über verschiedene, sonst in kleineren Mitgliedschaften weniger bekannt werdende Vorgänge brachte. Berichte über die Kartellbildungen und Vorträge (Stadttrat Sorl über „Bildende Kunst“, Vorliegender Wagner über „Aufbau und Aufgaben der Betriebs- und Wirtschaftsräte“) brachten gern gehörte Belehrungen, die durch interessante Beiträge des Kartellvorstehenden, Stadttrat Schuchardt, über örtliche Maßnahmen in den „Fragen der Wohnungs- und Ernährungslieferung“ usw. weitgehend ergänzt wurden. — Das am 29. Juni veranstaltete Johannistfest hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen und nahm einen besriedigenden Verlauf. — In der Versammlung am 26. Juli erstattete Kassierer Eickrodt den Kassierbericht über das zweite Vierteljahr 1919 und die Abrechnung über das Johannistfest (Uberschuss von letzterem 330,30 Mk.). Das zweite Vierteljahr schloß bei einer Einnahme von 215,00 Mk. und einer Ausgabe von 97,73 Mk. mit einem Überschuss von 117,27 Mk. ab, so daß die Ortskassa am 30. Juni einen Bestand von 1016,27 Mk. aufwies. — Leider mußte sich die Juliversammlung auch mit der Wahl eines ersten Vorstehenden beschäftigen, da der langjährige Vorstehende, Kollege Wagner, infolge Überbürdung durch verschiedene andre Ämter seinen Posten niederlegte. An seine Stelle wurde Kollege Maah gewählt.

Schwanzberg l. Rauenburg. Am 17. Juli verammeln sich die hiesigen Kollegen, die bisher dem Ortsverein Rauenburg-Mölln angehört, zwecks Gründung eines eignen Ortsvereins. Was löba ist langem geplant war, ist somit zur Ausföhrung gebracht worden. Es ist dies um so mehr zu begrüßen, als die Schwanzberg-Kollegen bisher wenig oder gar nicht an den Versammlungen des Ortsvereins Rauenburg-Mölln teilnehmen konnten infolge der schlechten Bahnverbindungen teilsweise und somit die Verbandsinteressen wenig vertreten konnten.

Buchdrucker in der Nationalversammlung. Ihre frühere Ausübung der Buchdrucker in der deutschen Nationalversammlung ist noch dahingehend zu ergänzen, daß der Kollege Paul Löbe, der heute noch Mitglied unres Verbandes ist, mit dem Vizepräsidenten und Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion identisch ist.

Billige Arbeitskräfte? In unsern Fachzeigungen köst man sehr in vernehmlichem Maße auf Anzeigen, worin Druckaufträge in kleinere Städte und für Druckereien auf dem Lande „mit billigen Arbeitskräften“ gesucht werden. Es ist ja heute eifriges Bestreben aller Druckereien, nach Möglichkeit Arbeit heranzuschaffen und dieses Bestreben man billigerweise begrüßen, weil dadurch immer mehr Arbeitslose der so dringend benötigten und erlebten geordneten und geregelten Beschäftigung wieder zugeführt werden. Immerhin muß man aber diese Bestrebungen, Arbeit um jeden Preis heranzuschaffen, scharf im Auge behalten. Namentlich ist es ganz verfehlt, darauf hinzuwirken, daß eine Druckerei wegen niedrigerer Lohalszuschläge erheblich billiger arbeiten könne. Vielmehr verbringt sich unter diesem Deckmantel das Streben unfauler Elemente, die einen Vorwand brauchen, um ungehörig Schmutzkonkurrenz betreiben zu können. Dies Verfabren, in solcher Weise die gegen die Großstädte nicht aufzuhebr absetzenden Arbeitslöhne kleinerer Städte als Mittel zu benutzen, die festgesetzten Druckpreise zu durchbrechen, kann nicht scharf genug verurteilt werden. Durch ein solches Geschäftsgebahren werden die Arbeiten mehr und mehr den Großstädten entzogen und wandern in die Kleinstädte ab. Diese Entwicklung entspricht aber weder dem Geist unres Tarls noch den Bestrebungen der Druckpreise, weil dadurch letzten Endes die Preise und damit die Löhne ganz allgemein herabgedrückt werden. Durch die Abwanderung der Arbeiten in die Kleinstädte wird aber das obnein schon große Arbeitslosenheer der Großstädte noch vermehrt. Nichts deshalb die Tarifbestreben, alle sonstigen in Betracht kommenden Instanzen und Personen, nicht zuletzt auch die Preisprüfungs- und Berechnungsstellen, die ja vielfach auch eine gerechte Verteilung der Arbeiten vornehmen, auf solche Geschäftspraktiken einzelner superflüger Proolndrucker ein wachsames Auge haben.

Verurteilung von Papiergeledruckern. Einige Seindrucker waren in der Druckerei der Fliegerfabrikabteilung in Schlefheim beschäftigt, fertigten von Ende Dezember bis Februar etwa 200 falsche Zwanzigmarkcheine der Banerischen Staatsbank an, brachten sie zum groben Teil in den Verkehr und erlitten dafür je acht Monate Gefängnis und sechs Wochen Saft. Wozu hat denn eine Fliegerfabrikabteilung eine Druckerei notwendig?

Zur Nachprobe im Leipzig Buchhandel. Etwa 90 Proz. aller Leipziger Buchhandlungsstellen befinden sich noch im Zustand. Die Unternehmer haben ihren Abfindungsschreiben ein Angebot über eine einmalige Beihilfe, die aber auf sechs Monate verteilt werden soll, in Abbitungen je nach Alter und Stand von 90 bis 300 Mk. gemacht, also auf die Woche eine Teuerungszulage von 3 bis 12 Mk. Selbstverständlich haben die Streikenden auf dieses Angebot überhaupt keine Antwort erteilt, sondern bleiben auf der von ihnen vorgelegten Tarifvorlage bestehen. Einzelne Firmen haben schon ihre Bereitwilligkeit zu diesbezüglichen Verhandlungen erklärt, und die geringe Zahl der Streikbrecher kommt gar nicht in Betracht; sie werden ihre „Vorbeeren“ schon noch ernsten.

Tarfbewegung der Berliner Zellungsangestellten. In einer am 10. August abgehaltenen Versammlung der Angestellten des Berliner Zellungsgewerbes, die von etwa 700 Teilnehmern besucht war, wurde ein Tarifentwurf aufgestellt, der u. a. folgende Forderungen enthält: Aber Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidet die Geschäftsleitung unter gleichberechtigter Mitwirkung des Arbeiterausschusses. Vor jeder Neueinstellung, Kündigung, Entlassung, Veretzung oder Beförderung ist die Zustimmung des Ausschusses einzuholen. Die Arbeitszeit beträgt 42 Stunden. Mindestgehälter: Jungenhild Angestellte und Lehrlinge erhalten entsprechend ihrem Alter Gehälter zwischen 75 und 300 Mk. Angestellte für einfache oder schematische Arbeiten 350, Angestellte für qualifizierte Arbeiten 400 Mk., Angestellte mit besonderen Fachkenntnissen 450 Mk., Angestellte in leitenden Stellungen erhalten 450 Mk. und 25 Proz. Funktionszulage. Für jedes Berufsjahr werden Gehaltszulagen gefordert, und zwar monatlich 25 Mk. bis zur Höchstgrenze von 10 Berufsjahren. Überstunden werden mit mindestens 3 Mk. pro Stunde entschädigt. In Krankheitsfällen wird das Gehalt bis zur Dauer von 6 Wochen, bei Angestellten mit Tätigkeit über 10 Jahre im Hause bis zu 3 Monaten weitergezahlt. Urlaub wird je nach dem Alter von 6 Tagen bis 24 Tagen verlangt. Ferner werden Wirtschaftsbekleidungen von 300 bis 800 Mk. gefordert. Der Tarifvertragsentwurf wurde gegen sieben Stimmen angenommen und der Angestelltenverband sowie der Zentralverband der Handlungsgesellen beauftragt, mit den Groß-Berliner Zellungsfirmen in Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Tarifvertrags auf Grund des beschlossenen Entwurfs einzutreten.

Süddlicher Unfall. In Neu-Mönburg fürste der Seherkollege Kleimens Käber beim Euchen von Birrhols so unglücklich von einem Baume, daß er beide Handgelenke brach, sich die Wirbelsäule verletzete und so schwere innere Verletzungen erlitt, daß er bald nach seiner Entlieferung im Krankenhauslichen Krankenhaus verstarb. Das Unglück ereignete sich im Wald in Gegenwart seiner Frau und seines Kindes.

Inseraten- und Plakattsteuer. Der vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf für die große Umsatzsteuer sieht auch eine Abgabe von sämtlichen Anzeigen vor, und zwar in Höhe von 10 Proz. der Anzeigengebühren. Danach würde ein Ertrag von etwa 50 Millionen Mark aus der Steuer zu erwarten sein. Die Umsatzsteuer bezieht sich auch auf die Plakate.

Die Zeitungsbestellung als Monopol der Reichspost. Dem Gedanken einer Verstaatlichung der Zeitungsbestellung, den wir schon in Nr. 52 in dem Artikel über „Sozialisierung der Presse“ zum Ausdruck gebracht haben, ist die Reichsregierung inzwischen nähergetreten. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, das Zeitungsbestellergeschäft zu monopolisieren, und zwar zunächst für die Verlebung der Zeitungen nach auswärts. Die Verlebung der Zeitungen am Verlagsort soll den Zeitungsverlegern vorläufig überlassen bleiben. Eine Erhöhung des Zeitungsbestellpreises soll damit in Höhe von 30 bis 40 Proz. des Bezugspreises verbunden werden.

Die Zeitschrift in 14 Sprachen. Als „offizielles Expororgan des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Meibams für die Mustermessen in Leipzig“ wird demnächst die „Deutsche Exportrevue“ (Verlagsverlag, Berlin SW 19, Straußenstraße 38/39) erscheinen. Für diese Ausfuhrzeitschrift sind neben der deutschen noch folgende Ausgaben geplant: Bulgarisch, chinesisch, englisch, französisch, holländisch, italienisch, japanisch, polnisch, portugiesisch, russisch, spanisch, türkisch und ungarisch. Mit dieser Zeitschrift wird „Das Echo“, die frühere führende Auslandsdeutschenzeitschrift, verbunden. Durch entsprechende Verträge ist eine Vereinhaltung der deutschen Werbeartikel für die Ausfuhr erzielt, um jede Zerstückelung der Straße in dieser schwierigen Zeit zu vermeiden. Das lebhafteste Interesse, das man der vierzehnsprachigen „Exportrevue“ entgegenbringt, zeugt von der Zuversicht, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingen wird, den Erzeugnissen deutscher Arbeit doch wieder den Weg zum Weltmarkt zu bahnen.

„Zeitungsdienst.“ Unter diesem Titel erscheint jetzt eine wöchentliche Zeitschrift zum „Graphischen Materialmarkt“ (Leipzig, Verlag und Redaktion von E. A. Leipnitz). Der „Zeitungsdienst“ wird von H. F. Willemer herausgegeben und redigiert.

Wiedererscheinen von „Seidels Reklame“. Auch diese der Praxis für Reklamehersteller und Verbraucher dienende Zeitschrift hat ihren Kreislauf beendet und erscheint nun halbmöndlich in Berlin-Oranienwald.

Unterstützungshasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In Nr. 86 haben wir schon darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder der Unterstützungs-hasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Vorschlagslisten für die Vertreterwahl zur Generalversammlung 1919 an den Vorstand der Hasse, Heinrich Kaufmann in Hamburg, beim Strobbau 36, einleiden sollen, damit diese in der „Rundschau“ am 16. und 23. August veröffentlicht werden können. Dieser Anregung wurde bis jetzt von keiner Seite Folge geleistet, weshalb wir diese Aufforderung noch einmal wiederholen. Etwaige weitere Anfragen sind an den genannten Vorsitzenden und nicht an uns zu richten.

Konsumgenossenschaften und Reichsverfassung. Artikel 153 der Reichsverfassung hat bekanntlich den Inhalt erhalten, wonach die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie deren Vereinigungen Träger der Gemeinwirtschaft sein sollen. Dadurch ist einem Wunsche des Hamburger Genossenschaftstags, den Charakter der Genossenschaften als gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Institutionen in der Verfassung festzulegen, Rechnung getragen.

Ernst Häckel. Der in vorwärtsstrebenden Arbeiterkreisen wohlbekannte Gelehrte Professor Ernst Häckel, in Jena ist am 8. August im Alter von 85 Jahren gestorben. Mit diesem Mann ist einer der größten Pflanzensystematiker und Denker der Gegenwart dahingegangen, dessen Lebenswerk für die Umwälzung der modernen Gedankenwelt im Sinne einer „einheitlichen naturwissenschaftlichen Weltanschauung“ bahnbrechend war und es zum größten Teil auch für die Zukunft noch sein wird. Seine „Weltträsel“ und die „Lebenswunder“ sind unerschöpfende und faszinierende Darstellungen der Einbeziehung von Geist und Materie und bringen in meisterhafter Form das zum Ausdruck, was man unter „Monismus“ zu verstehen hat.

Zum Mitbestimmungsrechte bei Kündigungen. Die seitens der Direktion der Gewerfabrik Erfurt im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat gegen 20 Betriebsangehörige ausgesprochene Kündigung wurde vom Schlichtungsausschuß in Erfurt für unwirksam erklärt, weil sich die Direktion vorher nicht mit dem Angestelltenauschuß ins Benehmen gesetzt hatte. Die Tatsache, daß der Obmann des Angestelltenauschusses vorher allein gehört wurde, genügt nicht. Die Kündigung wurde allerdings für einen späteren Termin anerkannt, da sich bekanntlich die Kriegsindustrie in der Auflösung befindet.

Juristisch befähigter Bankrott des Unternehmers. Das Sanctionale Oberlandesgericht hat die Rechtswirksamkeit von Lieferungsverträgen, die vor dem 9. November 1918 abgeschlossen wurden, bezüglich ihrer Bedingungen und der durch die Resolution eingeleiteten Umwälzungen verneint. Die Begründung dieses Urteils lautet auf folgende Gesichtspunkte: „Die Sachlage hat sich durch die Revolution wesentlich geändert. Vor allem durch die Änderung der Arbeiterverhältnisse und durch die Verschiebung des Einflusses, den die Arbeiter auf den gewerblichen Betrieb erlangt haben. Die eingeführten Tarifverträge bringen die wesentliche Neuerung, daß gelernter Arbeiter nicht viel mehr erhalten als ungelernete; die Abschaffung der Akkordarbeit vernichtet den Trieb, durch Fleiß mehr zu verdienen; auf Fähigkeiten und Leistungen wird in der Lohnfrage nicht mehr wie bisher Rücksicht genommen; der ungelernete und nicht eifrige Arbeiter erhält genau denselben Lohn wie der intelligenteste und fleißigste. Dabei ist der Unternehmer in der Wahl und Anstellung seiner Arbeiter nicht mehr frei, sondern es wird ein weitgehender Zwang ausgeübt. Eine energische Förderung der Arbeit ist somit den Unternehmern verweigert; dazu kommt, daß die Arbeiterräte sich in das Bestimmungsrecht über die Betriebsleitung eingemischt haben; die Arbeiter haben das Recht, mitten aus der Arbeit fortzulassen, um den Arbeiterrat wegen vermeintlicher Beschwerden anzugreifen. Dazu kommt ferner die Unterlagung der Arbeitsuntenarbeit. So läßt sich eine zielbewusste Betriebsleitung überhaupt nicht mehr durchführen.“ Für „zielbewusste Unternehmensgenies“ dürfte diese Entscheidung wohl das Beste sein, was an juristischen Deklarationen seit Ausbruch der Revolution innerhalb Deutschlands das Licht der Welt erblickt hat. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge wesentlich anders. Denn die Tatsache, daß ungelernete und gelernter Arbeiter in der Entlohnung neuerdings kaum noch zu unterscheiden sind, ist keine Frucht der neueren Tarifverträge, sondern eine solche des Widerstandes der Unternehmer gegen eine bessere Bezahlung der gelernten Arbeiter. Die ungelerneten Arbeiter fordern ein Existenzminimum, und sind auch meist in der Lage, sich dieses zu erkämpfen. Die gelernten Arbeiter brauchen nun dieses Existenzminimum ebenfalls, aber eine höhere Bewertung ihrer technischen oder geistigen Leistungsfähigkeit scheiterte in neuerer Zeit nur an der sozialen Verhältnismäßigkeit des Unternehmers. Was dabei auf

Fähigkeit und Leistung keine Rücksicht mehr genommen wird, ist nur der sozialen Rücksichtlosigkeit des Unternehmers im allgemeinen zuzuschreiben. Was gleiche gilt auch bei der Willkür des Unternehmers bezüglich der Einstellungen und Entlassungen. Würden diese mehr darauf achten, das Erziehungswort der menschlichen Arbeitskraft statt die hündische Unterwürfigkeit und Anrechtlosigkeit zu schätzen und zu fördern, so läßt kein Arbeiter Veranlassung, auf ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen so nachdrücklich Wert zu legen. Was die meisten Unternehmer von heute unter „energischer Förderung“ der Arbeit verstehen, ist etwas ganz anderes als das, was Lust und Freude an der Arbeit erwecken könnte: es ist privatkapitalistische, rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Sind die Herren Unternehmer tatsächlich nicht mehr imstande, ohne ihre „zielbewusste Betriebsleitung“ durchzuführen, so sind sie eben am Ende ihres Rates und müssen umlernen, und zwar ganz gründlich. Und wir empfehlen ihnen, es mit der Arbeit selbst einmal so ernst zu nehmen, wie sie es heute von den Arbeitern verlangen, und zwar selbstverständlich unter der gleichen wirtschaftlichen Lastlage wie die Arbeiter. Wir wollen Tausend gegen eins, daß dann die Unternehmer von heute die schlimmsten Volkswunden von morgen sein werden. Das ist eben der Geist der neuen Zeit, der den Menschen höher schätzt als den Geldsack!

Ein Tuberkulosemittel? An der Berliner Universität wurde Dr. Friedmann mit einem Lehrstuhl für Tuberkulosebekämpfung betraut. Friedmann hat einen Impfstoff entdeckt, der nicht nur Tuberkulose heilt, sondern auch Gefunde gegen tuberkulöse Erkrankungen immun machen soll, ähnlich wie wir es gegen Pocken schon lange erreicht haben. Bei der großen Verbreitung der Tuberkulose könnte ein Mittel, das unsern Nachwuchs in einfacher Weise gegen dieses verheerende Leiden festzumachen geeignet wäre, begrüßt werden. Zwar hat Friedmann in Amerika, wohin er 1916 mit seinem Mittel fuhr, um einen schwindelnden Millionäreneinkommen zu heilen, keine großen Lorbeeren geerntet. Immerhin befreit man seinen guten Glauben nicht und war sich einig, daß das Mittel gegen die „welche Pest“ weiterer erster Prüfung gewürdigt werden müsse. Inzwischen ist das Mittel noch verbessert worden, ohne daß allerdings ein endgültiges Ergebnis vorliegt. Hoffentlich haben die Bestrebungen, die Proletariatskrankheit ernstlich zu bekämpfen, endlich den gewünschten Erfolg.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel: Stimmungen und Regungen hüben und drüben. (3. Fortsetzung.) — Gleichheitslohn? — Kinderzulage! — Abbau der Löhne? — Provinzialer und Abbauen. — Die Wohlfahrtsschlüge. — Dem Tarifauschuß mit auf den Weg! — Gauverein Hannover.
- Karrefestungen: Berlin. — Berlin (Sch.). — Breslau. — Duisburg. — Frankfurt a. M. — Freiburg (M. S.). — Hamburg (M. S.). — Hanau. — Hann. Münden. — München. — Neuburg. — Nordhausen. — Nürnberg (M. S.). — Quedlinburg. — Schwarzenberg.
- Kausch: Buchdrucker in der Nationalversammlung. — Wisse Arbeitskräfte? — Verurteilung von Papiergelddruckern. — Zur Nachtprobe im Leipziger Buchhandel. — Tarifbewegung der Berliner Zeitungsangestellten. — Föblicher Unfall. — Inzeralein und Plakattsteuer. Die Zeitungsbestellung als Monopol der Reichspost. — Eine Zeitschrift in vierzehn Sprachen. — „Zeitungsdienst“. — Wiedererscheinen von „Seidels Reklame“. — Unterstützungs-hasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. — Konsumgenossenschaften und Reichsverfassung. — Ernst Häckel. — Zum Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen. — Juristisch befähigter Bankrott des Unternehmers. — Ein Tuberkulosemittel?
- Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Juni 1919. (Steuern eine Beilage.)

Wichtig für Maschinenmeister!

Wagen, welche die Zug- und Deckkraft verloren haben, werden in einer Nacht durch Anwenbung von

Alkohol

wieder jugfräulich und dechungsfähig. Erfolg überaus groß, grobhartig, wie neu geossen. Probefendung (ausreichend für 2-3 Schnelldruck) 12 Mk. porto- und spesenfrei. In einer großen Anzahl von Druckereien ist der Alkohol bereits als fähig eingesetzt und erzeugt überall größte Zufriedenheit. Jede äußerliche Kränklichkeit wird nur durch mehrmalige Einreibung geboben. So auch hier. Nur durch dauernden Gebrauch des „Alkohols“ wird ein anhaltender Erfolg erzielt. Chemische Fabrik für Buchdruckerkunst Carl Eich, Leipzig-Geißlerhausen.

Korrektor

für fremdsprachliche Werke und

Komplettgießer

für Gouche- und Billigerer Schnellgießmaschine sofort gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Rund- und Flachstereotypen

52 Jahre alt, verheiratet, erfahren in der Trocken- und Flachstereotypie, in Meißner, vertraut mit der S. u. B. Schnellgießanlage, sucht für bald oder später selbständigen oder teilweisen Wirkungskreis. Offerten erbeten an S. Schulze, Kollbus, Eprestraße 9.

Korrektor

mit Sprachkenntnissen möglichst sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisausschnitten und Lohnforderungen an [317] Berliner Buch- und Kunsthandlung, G. m. b. H., Jossen (Mark).

Im Abzug, Werk-, Zeitungs- wie Plattendruck erfahrener, selbständiger **Maschinenmeister** in Landstädten mit etw. geringen Ernährungsverhältnissen gesucht von Buchdruckerei G. u. H. v. Dörsner, a. M. (Bayern).

Typographseher

Alleinige Systeme, fleißig, zuverlässig, 20jährige Praxis, erster Seher, beidhändig, eine Schmalzschneidung selbständig zu leisten, wünscht sich als solcher zu verändern. Off. Angebote mit Lohnangebeude unter A. B. 318 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Galvanoplastiker

sucht Stellung als solcher oder als Stereotypen, gleichviel wohin. Offerten erbeten an W. Georgi, Regen 1, W., Weststraße 6. [307]

Buchdruckerei

mit Zeitungsverlag zu kaufen gesucht. Hermann Adigow, Wismar.

Die ausgeschriebene Maschinenmeisterstelle

ist besetzt. Allen Herren Bewerberinnen besten Dank. „Warener Zeitung“, Ernst Reimer.

Maschinenband

Betriebsqualität, liefern [321] Beizer & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Englisch

Spanisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Russisch, Rumänisch, Schwedisch, Ungarisch, Deutsch, Altgriechisch, Lateinisch erlernen Sie am leichtesten, billigsten und bequemsten auf Grund der wertvollsten Interdiktbriefe nach der Methode Toussaint-Langenscheidt für den Selbstunterricht. Von Autoritäten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet, seine Vorkenntnisse erforderlich. Müllergültige Aussprache, Einzelbelehrung. Verlangen Sie kostenlos und unverbindliche Zusendung unserer reichhaltigen, Broschüre „Fremde Sprachen und ihre Erlernung“ sowie die Einführung Nr. 123 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. [945]

Langenscheidt

sche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Gedönsberg, Bismarckstr. 29/30, (Gründ. 1856.)

Alle in Ihrer Druckerei

unbrauchbar gewordenen Schwelke-haken repariert hochgemäß [176] Gekrämer, Industrie, G. m. b. H., München, Fraunbergstraße 3.

Richard Klahr

im Alter von 56 Jahren. Sein Andenken werden stets in Ehren halten. Berlin, 9. August 1919. Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

Theodor Richter

Am 7. August verstarb in Almsdorf bei Dresden (Heil- und Pflegeanstalt) unser lieber Stolze, der Schriftsteller [319] aus R. Plagwitz, im vollendeten 63. Lebensjahr an Gedräng. Er war stets ein treuer und liebevoller Kollege. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm allezeit. Dresden, 8. August 1919. Die Kollegen der Firma Kunst- anstalt Stengel, G. m. b. H.

Gleichheitslohn?

Wie aus dem Herzen gesprochen hat der Kollege E. K. im „Korr.“ vom 26. Juli mir und noch vielen Qualitätsarbeitern in unserm Berufe. Dieser sah, den der Kollege Schaeffer in seiner Schrift aufstellte, sollte aus von unserm Tarifausschusse bei der nächsten Tarifausschubung resp. Tarifänderung bezichtigt werden.

Man darf sich vor vergangenwärtigen, daß durch die Steuerungsabfälligkeit ein gewaltiger Rückschritt gegenüber den besser bezahlten Arbeitern erzielt worden ist. Ein kleines Beispiel soll zeigen, wie den Unternehmern, trotzdem für sehr eine Verdichtung vorhanden ist, bei Qualitätsarbeiten einen höheren Steuerungsansatz zu berechnen, in der Gesamtlohnkalkulation man könnte sagen Voranschub gestattet wird. Nehmen wir einen verheirateten Kollegen zum Minimum entlohnt in einem Orte mit 17% Proz. Vorkalkulation und einen unverbieteten Kollegen, der Qualitätsarbeiter ist und mit 9 Mh. über Minimum entlohnt wird. Ersterer bekomme 98,31 Mh. (32,31 Mh. Minimum und 66 Mh. Steuerungszuschlag), letzterer erhält 99,31 Mh. (41,31 Mh. und 58 Mh. Steuerungszuschlag). Zwischen diesen zwei grundverschiedenen Arbeitern liegt, trotzdem letzterer anscheinend nach Tarif so hoch entlohnt wird, nur eine Differenz von einer Mark.

Es ist danach doch wohl anzubringen, daß diesen Qualitätsarbeitern auch von Tarifseite ihr Recht gebracht wird, indem diese Steuerungsabfälligkeit in Zukunft wegfällt. Wir hören ja schon, daß prinzipiell die Löhne abgebaut werden sollen! Das Endresultat wäre das, daß diese Zustände noch lange weiter bestanden würden. Nicht bloß einer, sondern die große Masse würde davon betroffen. Ich stelle deshalb allen Kollegen anheim, dahin zu wirken, daß diese Steuerungsansätze mit in den Lohn eingerechnet werden.

Dresden. O. A.

Kinderzulagen! — Abbau der Löhne?

Es wird jetzt allenthalben viel geschrieben und gesprochen über den Abbau der Löhne. Speziell unsere Buchdruckerkollegen im Streik II sind die ersten, die nach Abbau der Löhne rufen. Aber ist denn jetzt überhaupt schon der Zeitpunkt gekommen, an einen Abbau der Löhne zu denken? Nein, das Gegenteil ist der Fall!

Ich will nur ein Beispiel anführen, wie mit den letzten „horrenden“ Löhnen im Buchdruckerberuf auszuwachen ist. Wir in der kleinen Provinzstadt, 24 Kilometer von Leipzig entfernt, müssen davon ein Viehdien zu lingen. Das Minimum beträgt hier 82,87 Mh., es wird zum Teil auch etwas über „Minimum“ gezahlt. Schreiber dieses ist in der „glücklichen“ Lage, 2 Mh. mehr, also 84,87 Mh., zu erhalten und hat mit diesem „großen“ Gehalt eine fünfköpfige Familie zu ernähren. Wie damit auszukommen ist, wird jeder Familienvater wissen. Ich habe nun für die letzten sechs Wochen eine genaue Aufstellung über die wöchentlichen Einnahmen und Ausgaben gemacht und bin dabei zu folgendem Resultat gekommen: Die Einnahmen betragen in den letzten sechs Wochen (22. Juni bis 2. August) 84,87 + 609,22 Mh. Hieron sind in Abbau zu bringen von Woche: 2 Mh. Verbandsbeitrag, 2,05 Mh. Krankengeld, 2,00 Mh. Steuern, 3,50 Mh. Miete, 2 Mh. Versicherungen, 1 Mh. Licht und 4 Mh. Steuern (letztere mit nur einem Zeilner wöchentlich gerechnet, was jedoch im Winter eine Steigerung erfährt). Zusammen also wöchentlich 17,05 Mh. 6 -- 102,30 Mh. Abzüge. Bleiben demnach für sechs Wochen 406,92 Mh. übrig. Die Ausgaben betragen nun wöchentlich: Vom 22. bis 28. Juni 85,67 Mh., 29. Juni bis 5. Juli 87,23 Mh., 6. bis 12. Juli 94,75 Mh., 13. bis 19. Juli 91,18 Mh., 20 bis 26. Juli 77,80 Mh., 27. Juli bis 2. August 85,16 Mh., zusammen 521,84 Mh. Es bleibt also in diesen sechs Wochen ein Defizit von 114,92 Mh. In diesen Ausgaben sind aber Reparaturen an Schuhwerk, Kleidung, Kleider usw. nicht mit enthalten. Nicht nur für die sich sehr stark erheben, sondern auch Reparaturen sind überhaupt kein Geld vorhanden, darauf ist auch nicht zu denken. Und so soll man sich von einem Abbau der Löhne reden? Wie soll man sich das eigentlich vor? In der Nr. 87 des „Korr.“ haben die Kollegen C. G. und Fr. P. über „Sonderzulagen“ und „Verderbete Löhne“ das Wort ergriffen. Mit den in ihren Beiträgen beizugebenden Beispielen ist es nicht möglich, die Bemerkung, daß für den Abbau der Löhne, die Berücksichtigung besteht, hinderreichen Familien, ganz besondere Rücksichtnahme zu verwenden. Sondern, auch die in der letzten Mitteilung, daß die Ausgabe in der Höhe der Einnahme, was Kollege Fr. P. vertritt ganz meine Ansicht, ist die Berücksichtigung ohne Ansehen der Person zu berücksichtigen. Die gewöhnlichen Steuerungsansätze sind doch nur Zahlen. Diese Zahlen sind viel wichtiger, nicht die Zahlen selbst, sondern die Tatsachen, die sie bezeugen. Man sollte sich nicht über die Zahlen allein lassen, sondern die Tatsachen, die sie bezeugen, in Betracht ziehen. So ist es bei den Steuerungsansätzen, die wir hier anführen. Die Zahlen sind nur die Folge der Tatsachen, die sie bezeugen. So ist es bei den Steuerungsansätzen, die wir hier anführen.

Da die Lebensmittel aber nicht billiger, sondern teurer werden — man sieht das jetzt wieder an Fleisch, Brot usw. —, so haben die an der Tarifausschubung teilnehmenden Vertreter alle Ursache, will man die Familiendäter nicht vollständig zugrunde richten, für eine angemessene Kinderzulage einzutreten. Großlich. E. H.

Provinzler und Abbauen

Die Prinzipale wollen also „abbauen“. Die Zeitungsverleger jedenfalls zuerst. Sie werden einsehen, daß sie durch die Steuererhöhungen, durch das erhebliche Steigen der Löhnegebühren meistens in zweierlei Hinsicht: Erhöhung und Steuerungsanschlag sowie durch die Vergrößerung der Zeitbreite noch einen ganz neuen Merkmal erzielen. Auch die andern Unternehmerkreise verstehen es ja gut, vielleicht noch besser, die durch die Steuerungsansätze und die Höchststeuerung entstehenden Nebenabgaben von der Summe ab mit Rücksicht einzubringen. Das Abwachen der eingetragenen Belastungen hat sich vielfach als so einfach erwiesen, daß man häufig weiteren Erhebungen der Arbeiter gar nicht ungenutzbar zu sein. In unserm Gewerbe liegen die Dinge ja sehr verschieden. Manche Prinzipale haben mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, aber andre vielleicht nicht die wenigsten — sind besser daran, als es nach der allgemeinen Weisung erscheinen kann. Die Prinzipale wollen also das Abbauen geben, wollen die Produktion nicht weiter verlieren, wollen lieber mehr Aufträge bereinigen, um mehr Beschäftigung bieten zu können. Oder sollten die Prinzipale und Zeitungsverleger das anders meinen, sollte nur die Gehilfenschaft Objekt des Abbaues werden?

Wir uns aber ist es nur durch Einschränkung der Ausgaben für Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände, die Ausgaben mit den Einnahmen etwas auszugleichen. Selbstverständlich muß jeder vernünftige denkende Mensch diese Art „Sporen“ vermeiden. Dadurch werden nur Krankheit und Seuchen in der Familie gefördert. Bei uns in Bayern ist seit der letzten Steuerungsansätze das Hundfleisch von 2 auf 2,50 Mh., Butter von 3,20 auf 4,80 Mh., Milch von 34 auf 48 Mh., Zucker von 56 auf 60 Mh., gestiegen, Bier von 43 auf 48 Mh. (Friedenspreis 13 Mh.; nie kehrte die wieder goldene Zeit). Und dann die Steuern! Wie man sieht, hat man immer noch das „offene“ Herz für unsere Landwirtschaft und hat einem Erlaube zuliebe die notwendigen Lebensmittel so enorm verteuert, daß man bald nicht mehr existieren kann.

Was man sonst noch beachten sollte, ist der Haushalt oder in der Familie, wie Kleider, Schuhe oder Möbel und Leibwäsche, zu machen, so ist daran nicht praktisch zu denken. Es heißt immer wieder sparen und sparen, während nicht weniger in Einnahme und Ausgabe einbezogen und sich keine Einschränkung auflegen brauchen. Jedemfalls haben die sich nicht den „goldenen Boden“ durch ihrer Hände Arbeit errungen.

Wo bleiben für uns die Nebenabgaben? Es ist wirklich tröstlich und man ist froh, sprachlos, wenn man solche Anträge hört wie von Saarbrücker Prinzipalvereine gestellt. Jedenfalls würde es diesen Herren nichts schaden, wenn dieselben im ähnlichen Anzeiger sich die Tabellen „Verkaufe und Betriebsveränderungen usw.“ zu Gemüte führen würden. Es gehört unter diesen Umständen eine große Portion Festigkeit dazu, von einer schlechten Lage des Gewerbes zu reden. Gerade an Hand der Betriebsüberschüsse und -erweiterungen kann man sich ein gutes Bild machen von der „wirklichen“ Lage unseres Gewerbes.

Aus all diesen Sachen kann man erleben, daß von einem Abbau der Löhne vor der Herabsetzung der Preise künstlicher Bedarfsartikel keine Rede sein kann und unsere Gehilfensvertreter bei den kommenden Verhandlungen nichts nachlassen von dem, was recht und billig ist, denn man soll dem Diktator, der da drüht, nicht das Maul verenden. Rothenburg o. T. K. O.

Die Vorkalkulation

Es sind in den letzten oder wenigstens in vielen Orten ohne Vorkalkulation ebenso teure Verhältnisse wie in Orten mit der 7% und noch mehr Prozent Vorkalkulation, wie es gerade hier in Müllersdorf (6500 Einwohner) der Fall ist. Es kellen hier die auf Marken erhaltene Lebensmittel so teuer, so viel und ist überhaupt die Lebensmittel hier ebenso teuer wie in Städten, wo der Lohn 8 bis 10 Mh. mehr beträgt.

Der Unterhalt zu zahlen dem Lohn in größeren Städten und dem in Orten ohne Vorkalkulation ist entschieden zu groß. Ich hab in diesen kleinen Orten die Preise durch die Höhe der Ernte oder, wie es hier der Fall ist, durch die Höhe der Ernte ganz enorm.

Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Kollegen ihrerseits in Leipzig mit den andern nicht unverbändert zusammenarbeiten. Müllersdorf Brunnendebra. O. L.

Dem Tarifausschusse mit auf den Weg!

Die Meinungen über die Nacht- und die Sonntagsarbeit sind sehr geteilt, wie die Gründe der Bewegung, die von hohen idealen Gedanken geleitet werden, ja des öfteren dargelegt wurden.

Welche Vorteile sind auf Grund unserer Tarifgemeinschaft den Nachtarbeitern zugebilligt worden? Welches Gegengewicht stellt die Prinzipalität den direkten und indirekten Schädigungen gegenüber? Es sind die bekannten 15 bzw. 20 bzw. 25 Proz. Hierfür nehmen wir in Kauf: frühere Abnutzung der Kräfte, folgerichtig frühere Invalidität (mit früherer Belastung der Invaliditätskasse unseres Verbandes), weiter Vorzicht auf alle Annehmlichkeiten, die ein richtiger Feierabend das menschliche Dasein verschönert. Statistische Feststellungen werden hier nicht den richtigen Maßstab anlegen können, hier muß menschliches Empfinden mitsprechen.

Sind nun die genannten 15 bis 25 Proz. eine gerechte Gegenleistung? Wir halten vor der Steuerungsanschlagbewegung 33% Proz. für Nacharbeit. Warum ist die Bewertung jetzt auf ein vermindertes Maß zurückgedrückt? Weiber die Kaufkraft des Geldes ist für die Nachtarbeiter gestiegen, noch ist die Bewegung für Beteiligung aus Liebe zu derselben entsprungen.

In einer gemeinschaftlichen lokalen Verhandlung in Eisen, in der Sonntags- und Nacharbeit zur Besprechung standen, wurde von den Verlegern betont, welche großen Schwierigkeiten und, wohlgerichtet, welche finanziellen Nachteile durch Beteiligung der Sonntags- resp. Nacharbeit den Tageszeitungen entstehen würden. Im übrigen verlief die Verhandlung ergebnislos, die uns den Willen der Gegenseite zum Ausdruck brachte, an dem bestehenden Verhältnisse nichts zu ändern. Warum gerade jetzt...? So jagt sich das Fragen der Prinzipale durch diese Verhandlung. Ja, warum gerade jetzt! Weil auch wir Nachtarbeiter in der heutigen Zeit des Fortschritts ein Anrecht haben auf mehr menschenwürdige Arbeitsbedingungen!!

Wenn sich das vorläufig nicht durchsetzen lassen sollte, wenn unsern Prinzipalen der beaulige Zustand gemühtbringender erscheint, dann ist es auch kein unbilliges Verlangen, die Nacharbeit nicht vermindert prozentual zu bewerten, sondern ihre höhere Bewertung durch Erhöhung der bisherigen Zuschläge auf 40 bis 50 Proz. auszuweichen. Das wird unnötige Nacharbeit verhindern, in denjenigen Fällen aber, in denen sie nicht umgangen werden kann, der Gehilfenschaft auch einen gerechteren Ausgleich bieten. Materielle Besserstellung zu erstreben, darf uns nicht abgesprochen werden!

Von dem letzten Gedanken ausgehend, komme ich zu der Betrachtung, daß, wenn die Achtundvierzigstunde Woche für die Allgemeinheit nicht durchbrochen werden soll, doch den Nachtarbeitern die Zweieinundvierzigstunde Woche zu gewähren, wie diese Staffelung auch bei anderen Arbeiterkategorien besteht (Bergarbeiter). In der Schweiz sind unsere Kollegen ja für die Schmalchinen auch weiter gekommen. Soll diese berechtigte Forderung auch Gegenstand der kommenden Verhandlungen bilden? Wir nehmen es mit einer gewissen Selbstverständlichkeit an, sind doch die Firmen, die davon betroffen werden, die größere und mittleren Tageszeitungen, die am besten dazu imstande sind, es zu tragen.

Zum Schluß möchte ich der gerade in neuerer Zeit nicht genügend beachteten Interessen der Sparte der Maschinenhefer, die ja in besonders großem Maß an der Nacharbeit beteiligt ist. Ich gebe nicht von dem Gedanken aus, als wenn diesen etwas Besonderes zugebilligt werden müßte (die Diskussion darüber würde Geister erwecken, die es in mancher Hinsicht an Objektivität fehlen lassen würden), sondern erinnere nur daran, daß einmal festgelegte Ertragsverhältnisse nicht ohne weiteres verschwinden dürfen, denn wir leben in der Zeit des Fortschritts, nicht des Rückschritts. Da sind die 25prozentigen Maschinenheferzuschläge. Sie sind lang- und klanglos verschwunden; was übrig blieb, ist nur ein minimaler Bruchteil. Wie fein und diplomatisch hat es unsere Gegenseite verstanden, durch die Bestimmungen der Steuerungsansätze die 25prozentigen Maschinenheferzuschläge zu annullieren! Ein kleines Beispiel:

	Im allgemeinen Mh.	Maschinenhefer Mh.
ohne Vorkalkul. Klasse C	77,50 bzw. 80,50	83,87 bzw. 87,37
mit 15 Proz. „	„ 91,62	„ 94,62 98,53
„ 25 „	„ 99,38	„ 102,38 107,46
„ 33 „	„ 107,14	„ 110,14 115,27

Da sind nun ganze 8 bis 9 Proz. von der vergangenen Fortschritt übrig geblieben! Und das im Zeichen des Fortschritts!

Eine solche Wertentwicklung wird nicht nur eine Gefahr für die Interessen der Maschinenhefer, sondern auch eine Gefahr gegen Interessen der GesamtKollegenchaft bedeuten. Bereits vor der letzten Tarifausschubung sind von der Zentralkommission der Maschinenhefer entsprechende Forderungen aufgestellt worden; in den Verhandlungen kamen sie in den verschiedensten Resolutions zum Ausdruck. Sollen unsere Resolutions, unsere gerechten Forderungen nur Wortgeräusch bleiben? Die Forderung des

25prozentigen Maschinenlehrausschlags auf Grundlohn und Steuerungszulage sollte nicht nur eine Forderung der Maschinenleher, sondern Forderung der Gesamtheit werden. Nicht eine „Ertragslos“ bzw. Forderung, sondern Festhalten am Ertragslos bzw. Wiedergewinnung verlorener Positionen zu Ruh und Vorteil der Allgemeinheit. Helfenkirchen. S. Lohrmann.

Gauverein Hannover

Nach fast sechsjähriger Pause hielt der Gauverein Hannover am 3. und 4. August in Hannover einen Gau-tag ab. An der vom Gauvorstand während der Kriegszeit entfallenen Tätigkeit, über die Gauvorsteher Pfingsten berichtete, hatten die Delegierten nicht viel auszusagen, desto mehr an der zur Belegung des Zwistes in der Braunschweiger „Volksfreund“-Angelegenheit zwischen dem Gauvorstand und dem „Volksfreund“ Befestigten getroffenen Vereinbarung. Dem Gauvorstand wurde zur Pflicht gemacht, Abmachungen von solcher Wichtigkeit nicht wieder zu treffen, ohne vorher die Ansicht der beteiligten Mitgliedschaft gehört zu haben. Der Gau-tag stimmte der Vereinbarung zu, erhob aber schärfsten Einspruch gegen die Versuche, diese Abmachungen nichtig zu machen. Er erklärte sich bereit, in der Ferienfrage in diesem Jahre Zugeständnisse zu machen, lehnte aber jedes Ansuchen ab, das wieder-eintreffende Personal als neu eingetreten zu betrachten, und verlangte striktes Durchführen der Vereinbarung.

Über die Entwicklung der Kassenverhältnisse leit dem im Jahre 1913 abgehaltenen Gau-tag berichtete Gau-haftiger Ehrhardt. Das Gauvermögen sank von 67296,91 Mk. Ende 1913 auf 59488,80 Mk. Ende 1914 und liegt von da an allmählich auf 81251,72 Mk. Ende 1918. Aus der Tatsache, daß die Vermögenszunahme seit Ende 1913 13954,81 Mk. betrug, ergibt sich, daß von der in derselben Zeit sich auf 16094,37 Mk. betauenden Zins-einnahme trotz erhöhten Beitrags 2100 Mk. zugeföhrt worden sind. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Gauvorstand Entlastung erteilt.

Über die Lohn- und Preispolitik im Buchdruckgewerbe unter Berücksichtigung der bevorstehenden Tarifaus-schreibung sprachen Kollege Rosenbruch und unser Verbands-vorsteher Selb, der seine Rückreise vom internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam nach Berlin in Han-nover unterbrochen hatte und am Vormittag des zweiten Verband-tages an den Beratungen des Gau-tages teil-nahm. Folgende Entschliessung war das Ergebnis der aus-schließlichen Beratung:

Der am 3. und 4. August 1919 in Hannover abge-haltene Gau-tag des Gauvereins Hannover im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt mit Entrüstung von den schon jetzt in Kreisen der deutschen Buchdrucker-lehner einsetzenden Bestrebungen Kenntnis, an einen Lohnabbau heranzugehen. Sind wirklich in einigen Wirtschaftskreisen Preisnachlässe zu verzeichnen, so steigen andererseits immer noch die Ausgaben für Lebens-mittel, Brennmaterialien und Meilen sowie infolge ganz-bedeutender Steuererhöhungen. Statt eines Abbaues ist eine Erhöhung der Steuerungszulagen erforderlich. Die deutschen Buchdruckergehilfen, die in den ganzen Kriegs-jahren das Schwere zu tragen gehabt haben und in ihren wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnissen schwer geschädigt worden und sehr zurückgekommen sind, er-warten, daß sie sich in den kommenden Zeiten wieder erholen können, so daß bei ihnen unter Verhältnissen, die für sie menschenwürdiger sind als bisher, Lust und Liebe zum Gewerbe und das Interesse an der tech-nischen Fortbildung in aller Weise Platz greifen können. Die Gehilfenchaft erklärt, zum Nutzen des Buchdruck-gewerbes auch ferner an der Tarifgemeinschaft festzu-halten, und hofft das gleiche von der Prinzipalität.

Der Bezirksverein beantragte die Anstellung des Gauvorstehers, die nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Der ordentliche Gaubei-trag wurde von 15 Pf. auf 25 Pf. erhöht. Dafür wurde der während der Kriegszeit und bis jetzt erhobene außer-ordentliche Beitrag von 10 Pf. aufgehoben. Der letzte Absatz des § 24 der Gau-geschäftsordnung erbielt folgende Fassung: „Die Delegierten erhalten aus der Gau-kasse Fabri-kosten dritter Klasse, Entschädigung für entgangenen Arbeits-verdienst und Tagelohn. Aber die Höhe der letzteren beschließt der Gau-tag.“ Dem § 30 wurde als erster Absatz neu eingefügt: „Alle Bezirksvereine und Mitgliedschaften haben das Recht, zu den Generalversammlungen des Ver-bandes Mitglieder ihres Bezirks als Delegierte in Vor-schlag zu bringen; außerdem steht es ihnen frei, Mit-glieder des Gauvorstandes vorzuschlagen.“ Die von mehreren Bezirks- und einigen Ortsvereinen beantragten Erhöhungen des Gauzuschusses zur Arbeitslosen- und zur Krankenkassenunterstützung lehnte der Gau-tag ab, weil eine be-deutende Beitragserhöhung notwendig gewesen wäre. Der Gau-tag lehnte es auch ab, eine Invalidenten-Zuschußkasse für den Gau ins Leben zu rufen; er bewilligte den In-validenten des Gau'es jedoch zum 1. Oktober eine außer-ordentliche Unterstützung von je 50 Mk. und ermächtigte den Gauvorstand, auch ferner je nach Lage der Verhält-nisse für die Invalidenten etwas zu tun. Der Gauzuschuß zur Arbeitslosenunterstützung wurde auf etwa das Doppelte der jetzigen Höhe erhöht.

Der Antrag der Mitgliedschaft Celle, dem Bezirke Han-nover-Land eine gesündere Einteilung zu geben oder Celle und Hermannsburg dem Bezirke Lüneburg anzuschließen, und der Antrag der Mitgliedschaft Harburg, den Orts-verein Harburg vom Gau Hannover abzutrennen und dem Gau Hamburg zuzuteilen, wurden abgelehnt, u. a. in Rücksicht auf die infolge des Kriegsausganges notwendig gewordene neue Gaueinteilung durch die nächste Verbands-

generalversammlung. Der Antrag des Ortsvereins Wil-helmsburg auf Ausschiden aus dem Gau Hannover und Anschluß an den Gau Hamburg wurde indes angenommen, weil Wilhelmsburg mit Hamburg unmittelbar verbunden ist und zum Tarifkreis X gehört.

Dem Bezirksvereine Braunschweig bewilligte der Gau-tag zur Befolgung seines angefertigten Verwalters bis zum nächsten Gau-tag einen besonderen Zuzuschuß von jährlich 600 Mk. Dem alljährlich erscheinenden Geschäftsbericht ein Verzeichnis aller im Gau bestehenden tariffreien Buch-druckereien anzuschließen und darin die beschäftigte Ge-bilfenzahl anzugeben, wie es Östlingen beantragt hatte, lehnte der Gau-tag ab, weil mit der baldigen Herausgabe eines neuen Tarifverzeichnisses gerechnet werden könne und um die Kollegen, die ihre Stellung wechseln wollen oder müssen, nicht von ihrer Pflicht zur vorherigen An-trage beim Gauvorsteher zu befreien.

Auf Eruchen Östlingens nahm der Gau-tag zu folgendem Antrag Stellung: „Allen Verbandsmitgliedern, die während des Krieges zum Heeresdienst einberufen waren, sind die im Heeresdienste verbrachten Wochen als Beitragswochen anzurechnen.“ Es wurde darauf hingewiesen, daß die Würzburger Generalversammlung über einen ähnlichen Antrag zur Tagesordnung übergegangen sei, und als sehr wahrscheinlich erklärt, daß auch eine kommende General-versammlung leider nicht anders verfahren könne.

Durch Kenntnisnahme wurde eine Entschliessung er-letzt, die vom Verbandsvorstande verlangt, bei der Re-gulierung sofort dahin zu wirken, daß die Lohnarbeiter in bezug auf die Steuerpflicht nicht schlechter behandelt wer-den als die Beamten und die, die zum Kriegsdienst ein-gepogen waren, nicht schlechter als die, die im verlossenen Steuerjahr erwerbsfähig sein konnten.

Die Remunerationsurkunden wie folgt festgelegt: Be-zirk Braunschweig 1000 Mk., Bezirk Östlingen 400 Mk., Bezirk Hannover-Stadt 2240 Mk., Bezirk Hannover-Land 300 Mk., Bezirk Hildesheim 540 Mk., Bezirk Lüneburg 450 Mk., Bezirk Osabrück 450 Mk., Gauvorstand 1000 Mk. Gehalt des Gauvorstehers und des Gau-hafters je 6000 Mk. Die orsanfälligen Gau-tagsgel-dner erhielten 10 Mk., die auswärtigen 20 Mk. Tage-geld und Fahrgehd dritter Klasse und sämtliche Teilnehmer Entschädigung für Lohnverlust. Gustav Pfingsten wurde zum ersten Gauvorsteher gewählt (seine Anstellung erfolgt am 1. September), Wilhelm Höbne zum zweiten Gau-vorsteher, Theodor Ehrhardt zum Kassierer, Otto Sabn und August Pape wurden zu Schriftführern, Ernst Böhme und Karl Engelhardt zu Revisoren, Karl Rosenbruch und Gustav Ebenbach zu Be-liehern gewählt. Dem nach 24jähriger sehr verdienstvoller Tätigkeit in verschiedenen Vorständen amten wegen Be-rufswechsels aus dem Gauvorstande freiwillig ausgeschie-denen zweiten Gauvorsteher Emil Friscke wurden warme Dankesworte gewidmet. Ihm leit auch an dieser Stelle vom Herzen Anerkennung und Dank ausgesprochen.

Der nächste ordentliche Gau-tag soll in Hildesheim ab-gehalten werden. O. H.

Briefkasten

H. S. in B. bei R.: Auch so einverstanden. — R. D. in B. B.: Die Sache verhält sich freilich anders, weshalb so bald als nur möglich. — J. M. in H.: Was Sie ausführen wollen über die Einwohnervereuren, wie sie gerade dem Schutze der Republik und der Freiheit dienen und gegenrevolutionäre Anschläge am besten ab-zwehren könnten, wenn die organisierten Arbeiter ein durch-führendes Mittel eingeföhren, ist ein sehr allgemeines an-suchen. Wir bestreiten aber weitestgehende Befugnisse darüber, die wir jetzt schon des Raumes wegen gar nicht zulassen können. Es erscheint uns daher räthlicher, im gegenwärtigen Augenblicke die Sache nicht anzuhängen, sondern sie noch etwas zu verlagern. — H. S. in B.: Bedauerlicherweise ging der Text der Entsendung ver-loren, während das Anschreiben sich nicht mit verkrümmte. Da die Zeit eine nochmalige Übermittlung auf unser Eruchen nicht zu-gelassen hätte, ist aus dem Gedächtnisse kurz ein neuer Text ge-schrieben worden. Wir bitten, das Vorkommnis freundlich zu ent-schuldigen. — Dresden: Wenn wir Ihnen als Kollegen und nicht von unserer Stellung aus reden dürfen, dann lassen Sie das. Nach unserer Auffassung würden Sie in mehrfacher Beziehung Enttäuschung erleben. — W. Schr. in Dr.: Derartige Angelegenheiten finden wir nicht nur in Hinsicht auf den Osten, sondern auch auf Hause an allen Orten, wo es jeder Kollege fast täglich sehen kann, ohne daß wir noch besonders darauf aufmerksam zu machen brauchen. — G. B. in W.: Eine Kommentierung der vor über vier Wochen schon erschienenen Noll's in dieser an und für sich kleinsten Schmutz-hurrgeschichte hat doch heute keinen Wert mehr. Wir müßten zur Anstellung viel zuviel überdenken, und dazu noch Ihre lange Ein-sendung, die wir auch über weitausgehende Befugnisse des Ostens zu-wiehl. — O. H. in Neustadt: Die Adresse des Bezirke „Arbeiter-press“ lautet: Robert Schmidt, Berlin SO 16, Angelerstr. 15. — D. Sch. in B.: Hamburg 23, Marienthaler Straße 108a.

Briefkasten

H. S. in B. bei R.: Auch so einverstanden. — R. D. in B. B.: Die Sache verhält sich freilich anders, weshalb so bald als nur möglich. — J. M. in H.: Was Sie ausführen wollen über die Einwohnervereuren, wie sie gerade dem Schutze der Republik und der Freiheit dienen und gegenrevolutionäre Anschläge am besten ab-zwehren könnten, wenn die organisierten Arbeiter ein durch-führendes Mittel eingeföhren, ist ein sehr allgemeines an-suchen. Wir bestreiten aber weitestgehende Befugnisse darüber, die wir jetzt schon des Raumes wegen gar nicht zulassen können. Es erscheint uns daher räthlicher, im gegenwärtigen Augenblicke die Sache nicht anzuhängen, sondern sie noch etwas zu verlagern. — H. S. in B.: Bedauerlicherweise ging der Text der Entsendung ver-loren, während das Anschreiben sich nicht mit verkrümmte. Da die Zeit eine nochmalige Übermittlung auf unser Eruchen nicht zu-gelassen hätte, ist aus dem Gedächtnisse kurz ein neuer Text ge-schrieben worden. Wir bitten, das Vorkommnis freundlich zu ent-schuldigen. — Dresden: Wenn wir Ihnen als Kollegen und nicht von unserer Stellung aus reden dürfen, dann lassen Sie das. Nach unserer Auffassung würden Sie in mehrfacher Beziehung Enttäuschung erleben. — W. Schr. in Dr.: Derartige Angelegenheiten finden wir nicht nur in Hinsicht auf den Osten, sondern auch auf Hause an allen Orten, wo es jeder Kollege fast täglich sehen kann, ohne daß wir noch besonders darauf aufmerksam zu machen brauchen. — G. B. in W.: Eine Kommentierung der vor über vier Wochen schon erschienenen Noll's in dieser an und für sich kleinsten Schmutz-hurrgeschichte hat doch heute keinen Wert mehr. Wir müßten zur Anstellung viel zuviel überdenken, und dazu noch Ihre lange Ein-sendung, die wir auch über weitausgehende Befugnisse des Ostens zu-wiehl. — O. H. in Neustadt: Die Adresse des Bezirke „Arbeiter-press“ lautet: Robert Schmidt, Berlin SO 16, Angelerstr. 15. — D. Sch. in B.: Hamburg 23, Marienthaler Straße 108a.

Briefkasten

H. S. in B. bei R.: Auch so einverstanden. — R. D. in B. B.: Die Sache verhält sich freilich anders, weshalb so bald als nur möglich. — J. M. in H.: Was Sie ausführen wollen über die Einwohnervereuren, wie sie gerade dem Schutze der Republik und der Freiheit dienen und gegenrevolutionäre Anschläge am besten ab-zwehren könnten, wenn die organisierten Arbeiter ein durch-führendes Mittel eingeföhren, ist ein sehr allgemeines an-suchen. Wir bestreiten aber weitestgehende Befugnisse darüber, die wir jetzt schon des Raumes wegen gar nicht zulassen können. Es erscheint uns daher räthlicher, im gegenwärtigen Augenblicke die Sache nicht anzuhängen, sondern sie noch etwas zu verlagern. — H. S. in B.: Bedauerlicherweise ging der Text der Entsendung ver-loren, während das Anschreiben sich nicht mit verkrümmte. Da die Zeit eine nochmalige Übermittlung auf unser Eruchen nicht zu-gelassen hätte, ist aus dem Gedächtnisse kurz ein neuer Text ge-schrieben worden. Wir bitten, das Vorkommnis freundlich zu ent-schuldigen. — Dresden: Wenn wir Ihnen als Kollegen und nicht von unserer Stellung aus reden dürfen, dann lassen Sie das. Nach unserer Auffassung würden Sie in mehrfacher Beziehung Enttäuschung erleben. — W. Schr. in Dr.: Derartige Angelegenheiten finden wir nicht nur in Hinsicht auf den Osten, sondern auch auf Hause an allen Orten, wo es jeder Kollege fast täglich sehen kann, ohne daß wir noch besonders darauf aufmerksam zu machen brauchen. — G. B. in W.: Eine Kommentierung der vor über vier Wochen schon erschienenen Noll's in dieser an und für sich kleinsten Schmutz-hurrgeschichte hat doch heute keinen Wert mehr. Wir müßten zur Anstellung viel zuviel überdenken, und dazu noch Ihre lange Ein-sendung, die wir auch über weitausgehende Befugnisse des Ostens zu-wiehl. — O. H. in Neustadt: Die Adresse des Bezirke „Arbeiter-press“ lautet: Robert Schmidt, Berlin SO 16, Angelerstr. 15. — D. Sch. in B.: Hamburg 23, Marienthaler Straße 108a.

Briefkasten

H. S. in B. bei R.: Auch so einverstanden. — R. D. in B. B.: Die Sache verhält sich freilich anders, weshalb so bald als nur möglich. — J. M. in H.: Was Sie ausführen wollen über die Einwohnervereuren, wie sie gerade dem Schutze der Republik und der Freiheit dienen und gegenrevolutionäre Anschläge am besten ab-zwehren könnten, wenn die organisierten Arbeiter ein durch-führendes Mittel eingeföhren, ist ein sehr allgemeines an-suchen. Wir bestreiten aber weitestgehende Befugnisse darüber, die wir jetzt schon des Raumes wegen gar nicht zulassen können. Es erscheint uns daher räthlicher, im gegenwärtigen Augenblicke die Sache nicht anzuhängen, sondern sie noch etwas zu verlagern. — H. S. in B.: Bedauerlicherweise ging der Text der Entsendung ver-loren, während das Anschreiben sich nicht mit verkrümmte. Da die Zeit eine nochmalige Übermittlung auf unser Eruchen nicht zu-gelassen hätte, ist aus dem Gedächtnisse kurz ein neuer Text ge-schrieben worden. Wir bitten, das Vorkommnis freundlich zu ent-schuldigen. — Dresden: Wenn wir Ihnen als Kollegen und nicht von unserer Stellung aus reden dürfen, dann lassen Sie das. Nach unserer Auffassung würden Sie in mehrfacher Beziehung Enttäuschung erleben. — W. Schr. in Dr.: Derartige Angelegenheiten finden wir nicht nur in Hinsicht auf den Osten, sondern auch auf Hause an allen Orten, wo es jeder Kollege fast täglich sehen kann, ohne daß wir noch besonders darauf aufmerksam zu machen brauchen. — G. B. in W.: Eine Kommentierung der vor über vier Wochen schon erschienenen Noll's in dieser an und für sich kleinsten Schmutz-hurrgeschichte hat doch heute keinen Wert mehr. Wir müßten zur Anstellung viel zuviel überdenken, und dazu noch Ihre lange Ein-sendung, die wir auch über weitausgehende Befugnisse des Ostens zu-wiehl. — O. H. in Neustadt: Die Adresse des Bezirke „Arbeiter-press“ lautet: Robert Schmidt, Berlin SO 16, Angelerstr. 15. — D. Sch. in B.: Hamburg 23, Marienthaler Straße 108a.

Briefkasten

H. S. in B. bei R.: Auch so einverstanden. — R. D. in B. B.: Die Sache verhält sich freilich anders, weshalb so bald als nur möglich. — J. M. in H.: Was Sie ausführen wollen über die Einwohnervereuren, wie sie gerade dem Schutze der Republik und der Freiheit dienen und gegenrevolutionäre Anschläge am besten ab-zwehren könnten, wenn die organisierten Arbeiter ein durch-führendes Mittel eingeföhren, ist ein sehr allgemeines an-suchen. Wir bestreiten aber weitestgehende Befugnisse darüber, die wir jetzt schon des Raumes wegen gar nicht zulassen können. Es erscheint uns daher räthlicher, im gegenwärtigen Augenblicke die Sache nicht anzuhängen, sondern sie noch etwas zu verlagern. — H. S. in B.: Bedauerlicherweise ging der Text der Entsendung ver-loren, während das Anschreiben sich nicht mit verkrümmte. Da die Zeit eine nochmalige Übermittlung auf unser Eruchen nicht zu-gelassen hätte, ist aus dem Gedächtnisse kurz ein neuer Text ge-schrieben worden. Wir bitten, das Vorkommnis freundlich zu ent-schuldigen. — Dresden: Wenn wir Ihnen als Kollegen und nicht von unserer Stellung aus reden dürfen, dann lassen Sie das. Nach unserer Auffassung würden Sie in mehrfacher Beziehung Enttäuschung erleben. — W. Schr. in Dr.: Derartige Angelegenheiten finden wir nicht nur in Hinsicht auf den Osten, sondern auch auf Hause an allen Orten, wo es jeder Kollege fast täglich sehen kann, ohne daß wir noch besonders darauf aufmerksam zu machen brauchen. — G. B. in W.: Eine Kommentierung der vor über vier Wochen schon erschienenen Noll's in dieser an und für sich kleinsten Schmutz-hurrgeschichte hat doch heute keinen Wert mehr. Wir müßten zur Anstellung viel zuviel überdenken, und dazu noch Ihre lange Ein-sendung, die wir auch über weitausgehende Befugnisse des Ostens zu-wiehl. — O. H. in Neustadt: Die Adresse des Bezirke „Arbeiter-press“ lautet: Robert Schmidt, Berlin SO 16, Angelerstr. 15. — D. Sch. in B.: Hamburg 23, Marienthaler Straße 108a.

„Antwort der allertesten und allertesten Mächte.“ 1919. Ver-lag: Zentralverlag für Heimabteilung, Berlin.
„Der Gau.“ Zentralverlag für Heimabteilung, Berlin.
„Die Freie Welt.“ Illustrierte Monatschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 8. Jahrgang, Preis 20 Pf. Verlag: Verlagsgesellschaft „Freiheit“, c. o. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
„Der Frieden gegen die Arbeiter.“ Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Einger & Co., c. o. m. b. H., Berlin SW 68, Linden-strasse 3. Frei von jeder agitativen Abfrage, wird in dieser Broschüre an praktischen Beispielen der vernünftigen Milderung der einschneidenden Friedensbedingungen in ihrer ursprünglichen Fassung auf das Leben des deutschen Arbeiters illustriert.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II,
Fernsprecher: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen
Stef. (Storcktorfverein) Vorsitzender: Paul Birkenbauer, Stromerstraße 11 II; Kassierer: August Pöschel, Ehemalstraße 24 p.
Erlar. (Bezirk.) Vorsitzender: Joseph Arenz, Elmenstraße 24.

Zur Aufnahme gemeldet
(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Bannerg die Seher 1. Willi Pöner, geb. in Passau 1893, ausged. dal. 1913; 2. Karl Raufschneider, geb. in Mün-berg 1894, ausged. dal. 1912; die Drucker 3. Emil Hopf, geb. in Stoburg 1883, ausged. in Sonneberg 1902; waren schon Mitglieder; 4. Max Dantler, geb. in Eichstätt 1883, ausged. dal. 1899; 5. der Seher Georg Beller, geb. in Jurgberg 1900, ausged. dal. 1913; waren noch nicht Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Holz-strasse 24 I.
Im Gau Erzgebirge-Regenwald der Seher Eaver Ebner, geb. in Zschita 1900, ausged. in Regen 1916; war noch nicht Mitglied. — Otto Böhnel in Chemnitz, Pestalozzistraße 7.
Im Gau Westfalen-Lippe die Schwelmerbege 1. Willi Lewrenz, geb. in Lage 1894, ausged. dal. 1913; war noch nicht Mitglied; 2. Paul Heimnuth, geb. in Goldin i. M. 1900, ausged. dal. 1918; war schon Mitglied. — E. Wahnke in Schwern i. M., Rollender Straße 19.
Im Gau Ostpreußen der Drucker Heinrich Domnick, geb. in Mublak (Kr. Rastenburg) 1888, ausged. in Rastenburg 1907; war schon Mitglied. — Walter Straube in Königsberg i. P., Fahrenfeld-straße 22 II I.
Im Gau An der Saale der Seher Paul Schwaßbach, geb. in Rommes bei Potsdam 1891, ausged. in Berlin 1909; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Al. Klausstraße 7 I.
Im Gau Schleswig-Holstein der Schwelmerbege Richard Straube, geb. in Pölsnitz (Kr. Badensberg) 1896, ausged. in Freiburg 1914; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Silel, Schauenburger-straße 34 p.

Arbeitslosenunterstützung
Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Juni 1919.
Auf der Reize: 20 Mitglieder.
Am Orte: Reiseunterstützung erhielten: 704 Mitglieder, Ortsunterstützung erhielten: 2778 Mitglieder.
An Arbeitslosenentag, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Bezahlungsart	in der Reiseunterstützung		in der Ortsunterstützung am Orte		in der Ortsunterstützung		Unterstützungssumme
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher . . .	15	253	451	8427	1953	40378	49058
Mach.-G. . .	—	—	9	230	40	1010	1240
Drucker . .	5	107	215	4085	665	13513	17705
Stereotyp . .	—	—	10	168	47	1020	1188
Galanopfl. .	—	—	12	175	28	618	793
Korrekturen .	—	—	—	—	8	159	159
Faktoren . .	—	—	—	—	4	98	98
Schriftleger .	—	—	4	77	16	328	405
Stempelschn.	—	—	3	71	17	351	422
	20	360	704	13233	2778	57475	71068

Arbeitslos verblieben am 30. Juni 1919: 1662 Mit-glieder.
An Unterstützungen wurden gezahlt:
Reiseunterstützung:
an 20 Mitglieder für 360 Tage 511,55 Mk
Reiseunterstützung am Orte:
an 704 Mitglieder für 13233 Tage 13233,— Mk.
Ortsunterstützung:
an 525 Mitgl. für 10543 Tage a 1,25 Mk. — 13178,75 Mk.
" 1965 " 40316 " a 1,75 " — 70553,— "
" 288 " 6616 " a 2,— " — 13232,— "
zusammen 96963,75 Mk.

Insgesamt wurden im Monat Juni gezahlt:
1919: 110708,30 Mk. für 71068 Tage
1918: 1870,78 " " 1074 "
mehr 1919: 108837,52 Mk. für 69994 Tage.
Gesamtausgabe im zweiten Quartal (April bis Juni):
1919: 405365,95 Mk. für 260383 Tage
1918: 4962,99 " " 2800 "
mehr 1919: 400402,96 Mk. für 257583 Tage
(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch ein-gehenden Nachträge).

Veranstaltungskalender

Dresden. Rotationsmaschinenleher-Verammlung Sonn-tag, den 17. August, vormittags 10½ Uhr, im „Volkshaus“ (Zimmer 9).
Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. September, vor-mittags 9½ Uhr, im Pöschel, Anträge bis 27. August an den Bezirksvorstand.
Potsdam. Verammlung Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr, im „Königssee“, Alte Köpenickerstraße 18.
Schleswig. Verammlung Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr, im „Ergenlocher“ der „Deutschen Erde“.
Stettin. Außerordentliche Verammlung am Freitag, dem 15. August, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“, Große Ders-trasse 18-20.
Wittenberg. Verammlung Sonnabend, den 16. August, abends 7½ Uhr, im „Blüthenpark“.